



Christian Glaser, M.A.

# Kommunalwahlen in Dortmund 1946 - 2004

**Verfasser: Kristian Glaser, M.A.**

# **Kommunalwahlen in Dortmund 1946 - 2004**



Christian Glaser, M.A.

# Kommunalwahlen in Dortmund 1946 - 2004

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Einleitung</b>	Seite 4
<b>2. Allgemeine Grundlagen</b>	Seite 5
2.1 Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens	Seite 5
2.2 Zur Besonderheit des kommunalen Wahlverhaltens	Seite 7
<b>3. Die Entwicklung des kommunalen Wahlrechts</b>	Seite 9
<b>4. Die Wählerschaft: Grundzüge der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Strukturwandels</b>	Seite 12
4.1 Die Bevölkerungsstruktur	Seite 12
4.2 Die ökonomische Struktur	Seite 14
<b>5. Die Parteienlandschaft bei Dortmunder Kommunalwahlen</b>	Seite 18
5.1 Die Entwicklung des Parteiensystems	Seite 18
5.2 Die Entwicklung der etablierten Parteien im Einzelnen	Seite 21
SPD	Seite 21
CDU	Seite 23
FDP	Seite 24
GRÜNE	Seite 25
Das radikale Parteienspektrum	Seite 26
<b>6. Analyse der Dortmunder Kommunalwahlergebnisse anhand ausgewählter Aspekte</b>	Seite 27
6.1 Vergleich der Kommunalwahlergebnisse in Dortmund mit Gesamt-NRW	Seite 27
6.2 Dass Dortmunder Wahlverhalten bei Kommunalwahl-, Bundes-	

und Landtagswahlen	Seite 28
6.3 Grundzüge der wahlgeographischen Struktur	Seite 30
6.4 Die Wahlbeteiligung	Seite 35
6.5 Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht	Seite 38
6.6 Die Briefwahl	Seite 42
<b>7. Schlussbetrachtung</b>	Seite 45
<b>Anhang</b>	Seite 46
I. Die prozentualen Ergebnisse aller angetretenen Parteien bei Dortmunder Kommunalwahlen 1946-2004 (Gesamtstadt)	
II. Die Wahlbeteiligung und die Stimmergebnisse von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN bei Dortmunder Ratswahlen 1975-2004 (Gesamtstadt/Stadtbezirke/Kommunalwahlbezirke)	
III. Die Sitzverteilung im Rat seit 1946	
IV. Zitierte und weiterführende Literatur	

# 1. Einleitung

Am 26. September 2004 fanden in Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahlen statt, welche nicht nur über die politische Machtverteilung in den Kommunen entschieden, sondern auch als Stimmungstest für die kommende Landtagswahl im Mai 2005 angesehen wurden. Aus Anlass des genannten Ereignisses bietet die vorliegende Untersuchung einen Rückblick auf die Geschichte der Kommunalwahlen in der Stadt Dortmund seit dem ersten (Nachkriegs-) Urnengang im Jahr 1946.

Im Rahmen eines allgemeine Grundlagen vermittelnden ersten Kapitels sollen hierbei zunächst einmal die grundsätzlichen Einflüsse auf das Wahlverhalten sowie die Besonderheiten des kommunalen Wahlverhaltens dargestellt werden. Die folgenden Kapitel über die Bevölkerungsstruktur, das kommunale Wahlrecht und die Parteienlandschaft im Dortmunder Rathaus stecken dann die sozioökonomischen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der Dortmunder Kommunalwahlgeschichte ab. Schließlich sollen neben einer Analyse der entsprechenden Parteienergebnisse einige wichtige Merkmale des kommunalen Wahlverhaltens herausgearbeitet werden. Beispielsweise wird in diesem Kontext etwa die Entwicklung der Wahlbeteiligung, das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht oder auch der Einfluss der Briefwahl auf die Wahlergebnisse untersucht. Die aufgeführten Zahlen entstammen dabei, sofern nicht in Form von Fußnoten anderweitig kenntlich gemacht, den Datenbeständen des Amtes für Statistik und Wahlen Dortmund.

Der detaillierte Ansatz der üblicherweise nach Wahlen erscheinenden Sonderhefte des Amtes für Statistik und Wahlen, in denen die Wahlergebnisse bis auf Stimmbezirksebene erfasst und analysiert werden, kann mit vorliegender Analyse allerdings nicht erfüllt werden. Insbesondere hätte eine – vom Ansatz her überaus interessante - kleinräumige und den gesamten Untersuchungszeitraum umfassende Untersuchung zum Zusammenhang von sozialstrukturellen Faktoren und Wahlentscheidung mittels Regressions- und Korrelationsanalysen den begrenzten Zeit- und Platzrahmen doch eindeutig gesprengt. Aus diesem Grund wird vornehmlich auf die Ebene der Gesamtstadt Bezug genommen und die Analyseebene der Stimmbezirke gänzlich ausgelassen.

## 2. Allgemeine Grundlagen

### 2.1 Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens

Wahlen zur politischen Repräsentation der Bürger sind in parlamentarisch-demokratischen Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland das wichtigste Instrument zur Partizipation der Bevölkerung am Prozess der politischen Willensbildung und der ausschlaggebende Faktor für die konkrete Machtverteilung auf der jeweiligen politischen Ebene (Bund, Land oder Gemeinde). Wegen dieser zentralen Bedeutung ist die Wahlforschung mittlerweile ein hochprofessionalisiertes Forschungsfeld, welches nicht nur die involvierten Wissenschaftler beschäftigt, sondern auch für die politischen Akteure selbst und für die breite Öffentlichkeit von größerem Interesse ist.

#### Die zentralen Fragen der Wahlforschung

Im Mittelpunkt der empirischen Wahlforschung stehen dabei neben der Analyse der politischen Auswirkungen von Wahlergebnissen besonders folgende Fragen: Aus welchen Bevölkerungsgruppen stammen die Stimmen für die jeweiligen Parteien und welche Motive standen hinter diesen Wahlentscheidungen? Kurz gesagt: Wer wählt wen und warum? Oder auch in Anbetracht des Vorrückens der „Partei der Nichtwähler“: Wer wählt nicht und warum nicht? Gerade im Zuge des Trends zur Personalisierung von Politik und des zunehmenden Einflusses moderner Massenmedien auf die Wahlen bzw. die Wahlkämpfe wird zudem vermehrt danach gefragt, ob es sich bei den individuellen Wahlentscheidungen um Akte der Parteien- oder der Personenwahl handelt.

#### Die Quellen der Wahlforschung

Zur Beantwortung dieser Fragen greift die Wahlforschung auf verschiedene Datenbestände zurück, die eine (wissenschaftliche) Analyse von Wahlergebnissen und Wählerverhalten jenseits der Stammtischdiskussion erst ermöglichen. Hierzu zählen zunächst einmal die Bestände der zuständigen Statistischen Ämter, wie etwa des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Dortmund, welche über verschiedene wirtschaftliche und soziale Strukturmerkmale in bestimmten Gebietseinheiten (im Fall der Wahlforschung üblicherweise die Wahl- oder Stimmbezirke) informieren. Durch die Analyse solcher *Aggregatdaten* erschließen sich i.d.R. gesellschaftliche Zusammenhänge, in welche das Wählerverhalten eingebettet ist. Allerdings gestattet dieser Datentyp keinerlei Rückschlüsse auf das individuelle Verhalten einzelner Wähler und ihrer Motive. Insofern spielen gerade auch *Umfragedaten*, die aus der mündlichen, schriftlichen oder telefonischen Befragung repräsentativ ausgewählter Personen resultieren, eine wichtige Rolle. Diese Befragungen, welche allerdings für das Wählerverhalten in der Stadt Dortmund nicht zur Verfügung stehen, enthalten in der Regel neben den bevölkerungstatistischen Merkmalen der Befragten deren politische Einschätzungen und Verhaltensabsichten. Eine dritte Datengruppe bildet schließlich die *repräsentative Wahlstatistik*, welche eine Analyse des Wahlverhaltens nach Alter und Geschlecht mittels vorher gekennzeichneter Stimmzettel in ausgewählten Stimmbezirken ermöglicht.

## Theorien des Wählerverhaltens

Grundsätzlich sind allerdings auch umfangreiche Datenbestände (egal welcher Art) für sich allein betrachtet ohne Wert. Ihre Bedeutung erlangen sie erst innerhalb von theoretischen Erklärungsmodellen. Aus diesem Grund werden im Folgenden zunächst die wesentlichen Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens kurz vorgestellt<sup>1</sup>.

1. Der *gruppentheoretische Erklärungsansatz* konzentriert sich in seiner Analyse der individuellen Stimmabgabe in erster Linie auf diejenigen langfristigen Einflüsse, die dem sozialen Umfeld der Wähler zugeschrieben werden können (z.B. Wohnort, Beruf, Konfession etc.). Wahlverhalten ist in diesem Sinne Gruppenverhalten: Je gleichgerichteter die Wahlnormen derjenigen Gruppen sind, denen der Wähler angehört, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit eines individuell abweichenden Wahlverhaltens. Auf sich widersprechende Loyalitätsforderungen reagiert der Wähler mit der Reduzierung des politischen Interesses und der zeitlichen Herausögerung der Wahlentscheidung.

2. Die *Konfliktlinien-Theorie* bezieht sich auf längerfristige stabile Allianzen zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und politischen Parteien. Im Kontext der aus den Prozessen der Nationalstaatsbildung und Industrialisierung resultierenden gesellschaftlichen Konfliktlinien (cleavages) koalitierten bestimmte politische Eliten mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen, um die jeweiligen Interessen mit Nachdruck vertreten zu können. Aus diesen anfangs nur losen Verbindungen entwickelten sich mit der Zeit stabile Parteiorganisationen und sozial und/oder regional typische Wahlverhaltensmuster, die bis in die Gegenwart zu beobachten sind. Zwar können nach der Auffassung dieses Erklärungsmodells kurzfristige Einflüsse das Wahlverhalten potentiell verändern, eine Veränderung würde aber durch die stabilisierenden Effekte der tradierten Konfliktlinien grundsätzlich erschwert.

3. Der *individualpsychologische Ansatz* hingegen untersucht den persönlichen Wahlentscheidungsprozess in Abhängigkeit von vorhandenen längerfristigen Parteipräferenzen. Die im Laufe der politischen Sozialisation erlangte Parteipräferenz wirkt nach diesem Ansatz wie ein Filter, durch den das politische Geschehen wahrgenommen und bewertet wird und bestimmt maßgeblich die individuelle Wahlentscheidung. Falls der zu wählende Kandidat der präferierten Partei allerdings nicht den Vorstellungen des betreffenden Wählers entspricht oder der jeweilige Wähler der Partei in bestimmten Sachfragen die Problemlösungskompetenz abspricht, steigt allerdings trotz langfristiger Parteibindung die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels der Parteipräferenz.

4. Das Modell des rationalen Wählers (*rational choice-Ansatz*) wiederum bezieht sich auf die Analyse individueller Kosten-Nutzen-Abwägungen. Hierbei wird unterstellt, dass politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse grundsätzlich nach vergleichbaren Regeln ablaufen. Der Wähler wägt also rational die jeweiligen Kosten und Nutzen der Programme der verschiedenen Parteien ab und wählt dann nach dem Prinzip der Nutzenmaximierung vorurteilslos die Partei, welche seiner eigenen Bedürfniskonstellation politisch-programmatisch am nächsten kommt.

5. Im Zuge der Herausbildung eines „neuen Mittelstandes“ bzw. neuer sozialer Milieus wird auch das Konzept des *Wertewandels* bzw. der *Lebensstilansatz* verstärkt in die Diskussion um das Wahlverhalten einbezogen. Hierbei wird nicht die objektive Soziallage der Wähler als

---

<sup>1</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen Karl-Rudolf Korte: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Bonn 1999, S. 85-91 und Wilhelm Bürklin/Markus Klein: Wahlen und Wählerverhalten, 2. Aufl., Opladen 1998, S. 18-24.

Ausgangspunkt des Wahlverhaltens verstanden, sondern deren Lebensauffassung und Lebensweise.

Die aufgeführten Erklärungsmodelle schließen sich allerdings nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen sich vielmehr bei der Analyse komplexer Wahlentscheidungsprozesse. Als Konsens in der Wahlforschung hat sich dementsprechend herauskristallisiert, dass individuelle Wahlentscheidungen grundsätzlich nicht monokausal zu erklären, sondern auf mehrere Einflussfaktoren zurückzuführen sind. Dabei wird zum einen auf der Zeit-Ebene unterschieden zwischen Einflüssen, die lang-, mittel- oder kurzfristig auf das Wählerverhalten einwirken und zum anderen auf der Wählerdimension zwischen Persönlichkeits- und Umweltfaktoren (siehe auch Tabelle 1). Vor diesem Hintergrund ist die eigentliche Leitfrage der Erforschung des Wählerverhaltens, welcher Stellenwert nun den einzelnen Einflussfaktoren untereinander zukommt, d.h. welcher Einfluss das potentiell größte oder ausschlaggebende Gewicht hat.

Tabelle 1: Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten

	<b>Zeitdimension</b>		
<b>Wählerdimension</b>	kurzfristige Faktoren	mittelfristige Faktoren	langfristige Faktoren
Wähler als Individuum/ Interne Faktoren	subjektive Einschätzung des Wahlausgangs	Sachfragenorientierung Kandidatenorientierung Subjektive wirtschaftliche Lage /Beruf	Parteiidentifikation subjektives Werte- und Normensystem individuelles Geschlecht / Konfession
Umwelt des Wählers / externe Faktoren	Wahlkampf Meinungsklima /Umfrageergebnisse	innen- und außenpolitische Großwetterlage wirtschafts-konjunkturelle Einflüsse	Sozialstruktur ökonomische Struktur religiöse Grundstruktur politische Kultur gesellschaftliches. Werte- und Normensystem

Quelle:Thomas Czarnecki: Kommunales Wahlverhalten, München 1992, S. 11.

## 2.2 Zur Besonderheit des kommunalen Wahlverhaltens

Eine Analyse des kommunalen Wahlverhaltens muss sich auch mit der Frage befassen, ob es sich hierbei um ein Wahlverhalten wie bei anderen Wahlen (Bundestag, Landtag, Europäisches Parlament) auch handelt, oder ob auf kommunaler Ebene ein besonderes, nicht direkt mit Wahlen auf anderen politischen Ebenen vergleichbares, Wahlverhalten vorherrscht, welches primär von spezifisch-kommunalen Rahmenbedingungen geprägt wird. Diesbezüglich kann konstatiert werden, dass die weiter oben dargestellten allgemeinen Erklärungsmuster des Wahlverhaltens im Wesentlichen auch für das kommunale Wahlverhalten gelten. Allerdings müssen bei der Analyse von Gemeindewahlen auch spezifische lokale Rahmenbedingungen mit in Erwägung gezogen werden. In der politikwissenschaftlichen Debatte wird in diesem Kontext unterschieden zwischen *generellen, kontextuellen und kommunalen Determinanten*

des Wahlverhaltens. *Generelle Determinanten* können z.B. die bundesweit wirksamen, parteipolitisch relevanten sozialen Konfliktstrukturen darstellen, welche die Wahlentscheidung auf allen politischen Systemebenen gleichermaßen beeinflussen. Die *kontextuellen Determinanten* bezeichnen regional-spezifische Besonderheiten, wie z.B. die Einwohnerzahl, die Altersstruktur oder die Erwerbsquote, welche das Wahlverhalten ebenfalls auf allen politischen Ebenen beeinflussen. Die *kommunalen Determinanten* beeinflussen demgegenüber die Wahlentscheidung nur auf kommunaler Ebene und beziehen sich beispielsweise auf die Eigenart des jeweiligen Wahlsystems (z.B. die Möglichkeit des Panaschierens und/oder Kumulierens) oder auf das lokale Image einer Partei oder eines Kandidaten<sup>2</sup>.

Einen konkreten Hinweis auf die Einflussfaktoren der Wahlentscheidung bei Kommunalwahlen in Dortmund gibt eine vor der Kommunalwahl 2004 vom Meinungsforschungstest infratest-dimap veröffentlichte Umfrage. Danach gefragt, was für die Wahlentscheidung der Bürger bei der bevorstehenden Wahl die größte Rolle spielt, antworteten 50 % mit kommunalen Aspekten, 17 % mit Landes- und 30 % mit Bundespolitik (2 % wussten es nicht und 1 % machte keine Angaben)

---

<sup>2</sup> Vgl. Ulrich Eith: Kommunales Wählerverhalten in Ost- und Westdeutschland: Brandenburg, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 378 ff.

### 3. Kommunales Wahlrecht im Wandel

Eine Analyse des Wahlverhaltens bei Kommunalwahlen in Dortmund wäre unvollständig, wenn nicht auch die allgemeinen Rahmenbedingungen des Wahlrechts berücksichtigt würden, welches nicht nur die rechtlichen Grundsätze für die Durchführung der Wahlen wie z.B. die Voraussetzungen der Wahlberechtigung etc. absteckt, sondern in Form des Wahlsystems auch das Wählerverhalten unmittelbar beeinflussen kann. Wie im Folgenden anhand einer Analyse der verschiedenen Bestandteile des Wahlrechts gezeigt wird, haben seit 1946 nicht nur die Sozialstruktur der Wählerschaft und die Parteienlandschaft, sondern auch die wahlrechtlichen Bestimmungen auf kommunaler Ebene z.T. bedeutsame Veränderungen durchgemacht. Die diesbezüglichen konkreten Bestimmungen des Wahlrechts wurden und werden allerdings nicht in eigener Regie vom Rat oder der Verwaltungsspitze der Stadt Dortmund festgelegt, sondern vom nordrhein-westfälischen Landtag in Form eines Kommunalwahlgesetzes und einer detaillierten Kommunalwahlordnung beschlossen.

#### Allgemeine Wahlgrundsätze

Der erste hier zu erwähnende Aspekt des kommunalen Wahlrechts betrifft die allgemeinen Wahlgrundsätze. Für die Kommunalwahlen in NRW (und damit in Dortmund) gelten seit dem ersten Wahlgang 1946 jene Bestimmungen, welche dann 1949 mit Artikel 28, Absatz 1 GG auch Eingang in die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland gefunden haben. Demnach sind die Wahlen *allgemein*, d.h. dass grundsätzlich jeder Bürger ungeachtet des jeweiligen Geschlechts, der jeweiligen Religion etc. wahlberechtigt ist, sofern er die deutsche Staatsbürgerschaft nach Artikel 116, Absatz 1 GG besitzt und ihm die Wahlberechtigung nicht entzogen wurde (z.B. wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit). Eine weitere Voraussetzung der Wahlberechtigung besteht in der Anforderung, seinen Hauptwohnsitz seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet zu haben. Das Mindestalter für das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen in NRW lag anfangs noch bei 21 Jahren und wurde später auf 18 Jahre (Kommunalwahl 1975) und ab der Kommunalwahl 1999 auf 16 Jahre herabgesetzt. Bei der ersten Kommunalwahl 1946 stellte eine weitere Schranke für die Wahlberechtigung die vorherige Unterstützung des Nazi-Regimes dar. Diejenigen, denen im Entnazifizierungsverfahren das Wahlrecht entzogen worden war, konnten an der ersten Kommunalwahl nicht teilnehmen. Infolge der Einführung einer Unionsbürgerschaft durch den Maastrichter Vertrag sind seit 1999 bei Europa- und Kommunalwahlen auch die Staatsbürger aus den mittlerweile 25 EU-Staaten (1999: 15 EU-Staaten) wahlberechtigt. Neben der *allgemeinen* Wahlberechtigung sind die weiteren Wahlrechtsgrundsätze die *geheime* Wahl (die individuelle Wahlentscheidung darf also nicht an die Öffentlichkeit gelangen), die *unmittelbare* Wahl (der Wähler wählt also direkt den Kandidaten und nicht indirekt über Wahlmänner), die *freie* Wahl (alle Parteien dürfen sich zur Wahl stellen, sofern sie nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik verstoßen) und der *gleiche* Zählwert der abgegebenen Stimmen (die Stimmengewichtung wird also nicht etwa von Besitz oder Steuerleistung abhängig gemacht).

Die Dauer der Wahlperioden betrug bis 1964 vier Jahre und wurde danach um ein Jahr auf nun fünf Jahre verlängert. Dabei haben die Dortmunder seit 1960 bzw. ab der Kommunalwahl 1961 auch die Möglichkeit ihre Stimme(n) per Briefwahl abzugeben. An den Wahltagen eingesetzte elektronische Wahlgeräte kamen flächendeckend erstmals bei der Kommunalwahl 2004 (bei Bundestagswahlen schon im Jahr 2002) zum Einsatz.

Auch bezüglich der zu wählenden politischen Organe haben sich seit 1946 einige wesentliche Änderungen ergeben. Einzig der Rat der Stadt Dortmund wurde bei jeder Kommunalwahl seit 1946 direkt von den Dortmunder Bürgern gewählt. Erst 1975 wurden zusätzlich die Vertrete-

rinnen und Vertreter der Stadtbezirke bestimmt. Allerdings errechnete sich die Besetzung der Bezirksvertretungen in jenem Jahr noch aus dem Ergebnis der Ratswahlen in den jeweiligen Stadtbezirken. Ab 1979 hatte dann der Wähler jeweils eine Stimme für die Wahl des Rates und der Bezirksvertretung. Seit 1999 wird zudem der Oberbürgermeister direkt durch die Dortmunder Bevölkerung und nicht mehr wie vorher aus der Mitte des Rates gewählt. Dabei muss ein erfolgreicher Kandidat im erstem Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Gelingt dies nicht, entscheidet die Stichwahl zwischen den beiden erfolgreichsten Kandidaten des ersten Wahlgangs.

## **Verhältniswahl und Mehrheitswahl**

Ein wichtiger Bestandteil des allgemeinen Wahlrechts ist das Wahlsystem, unter dem man die Methode der Umwandlung der abgegebenen Stimmen in politische Mandate versteht. Das für eine Wahl zugrunde gelegte Wahlsystem hat allerdings nicht nur einen „technischen“, sondern auch einen „politischen“ Charakter, weil es auch die Struktur des Parteiensystems und die Regierungsbildung beeinflussen kann.

Grundsätzlich muss bei Wahlsystemen zwischen *Verhältniswahl* und *Mehrheitswahl* differenziert werden. Bei der Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen ist derjenige Kandidat gewählt, welcher eine bestimmte Mehrheit (relativ oder absolut) der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen kann, während die für die unterlegenen Kandidaten abgegebenen Stimmen unter den Tisch fallen. Wie der Name schon sagt, hat die *Mehrheitswahl* vor allem einen mehrheitsbildenden Effekt, der rein funktional auf die Vereinfachung der Regierungsbildung und nicht auf eine „gerechte“ Berücksichtigung aller Wählerstimmen abzielt. Kleinere Parteien haben bei der Mehrheitswahl grundsätzlich nur geringe Chancen ein Mandat zu erringen. Bei der *Verhältniswahl* hingegen richtet sich die Anzahl der von den Parteilisten erworbenen Mandate nach ihrem verhältnismäßigem Anteil an den abgegebenen Stimmen. Die Verhältniswahl wird somit aus der Sicht eines partizipatorischen Demokratieverständnisses als die „gerechtere“ Wahlsystemsvariante angesehen, da alle abgegebenen Stimmen bei der Mandatsverteilung berücksichtigt werden und in der gewählten Volksvertretung somit ein getreueres Abbild der Wählerschaft entsteht. Andererseits besteht jedoch die Gefahr der Parteienzersplitterung, welcher jedoch in Form von Sperrklauseln begegnet werden kann.

Die Unterscheidung zwischen Mehrheitswahl und Verhältniswahl ist auch insofern von besonderer Bedeutung, weil es unter gewissen Umständen passieren kann, dass das gleiche Wahlergebnis bei verschiedenen Wahlsystemen zu unterschiedlichen Regierungsmehrheiten führen kann (sog. bias-Effekt). So kann z.B. bei einem Zwei-Parteiensystem die Partei A nach dem Prinzip der Verhältniswahl auf das gesamte Wahlgebiet bezogen die meisten Stimmenteile erzielen, womit sie die Regierungsmehrheit erreicht hätte. Wenn nun allerdings nach der relativen Mehrheitswahl gewählt würde, ist es möglich dass die bei der Verhältniswahl unterlegene Partei B die Regierungsmehrheit erhält, wenn sie mehr Wahlkreise als Partei A gewinnt und dies jeweils mit nur knappem Vorsprung und bei geringer Wahlbeteiligung, während Partei A hingegen in den von ihr gewonnenen Wahlkreisen mit sehr großem Vorsprung und hoher Wahlbeteiligung die Mehrheit erhält.

Folgendes Beispiel aus der Dortmunder Kommunalwahlgeschichte bestätigt zwar nicht den vorhin genannten bias-Effekt in seiner extremsten Ausformung, verdeutlicht aber dennoch die generelle Relevanz von Wahlsystemen in der Praxis: So erhielt die SPD bei der ersten Kommunalwahl 1946 auf das ganze Wahlgebiet bezogen einen Stimmenanteil von 46,3 %. Aufgrund des damals angewandten (englischen) relativen Mehrheitswahlsystems erhielt die Partei aber 36 von insgesamt 51 Ratsmandaten, was einem Anteil an den Ratsmandaten von 70,6 % bedeutete. Bei der darauf folgenden Kommunalwahl im Jahr 1948 erhielt die SPD mit einem nahezu identischen Wählerzuspruch von 46,0 % wegen des inzwischen veränderten Wahlsys-

tems (eine Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahl, siehe Näheres weiter unten) allerdings nur noch 25 von 52 Ratsmandaten, was einen Anteil an den Ratsmandaten von 48,1 % entsprach.

### **Die Wahlsysteme bei Kommunalwahlen in NRW**

Wie schon oben angedeutet, fanden die ersten Ratswahlen in Dortmund noch unter den Rahmenbedingungen einer relativen Mehrheitswahl statt. In den damaligen 13 Kommunalwahlbezirken konnten jeweils drei Kandidaten direkt in den Rat gewählt werden, wobei jeder Wähler über drei Stimmen verfügte. Zu den so gewählten 39 Mandatsträgern kamen noch 12 weitere hinzu, welche über Reservelisten in den Rat einzogen, so dass dieser also aus 51 Personen bestand. Seit den zweiten Kommunalwahlen im Jahre 1948 gilt allerdings ein anderes Wahlsystem, das sowohl Elemente der Mehrheits- als auch der Verhältniswahl kennt. Dabei hat der Wähler eine Stimme, welche er für den Bewerber einer bestimmten Partei in seinem Kommunalwahlbezirk (Stand 2004: 41 Kommunalwahlbezirke) abgibt. Gleichzeitig ist mit dieser Wahl jedoch auch eine Parteien- bzw. Listenwahl nach dem Prinzip der Verhältniswahl verbunden, an welcher sich die Mandatsverteilung (Stand 2004: 88 Mandate bzw. Ratssitze) im Endeffekt ausrichtet. Selbstverständlich ziehen aber automatisch die mit einfacher Mehrheit in den Kommunalwahlbezirken gewählten Kandidaten in den Rat ein, wodurch auch Überhangmandate entstehen können, falls eine Partei mehr Mandate durch direkt gewonnene Kommunalwahlbezirke erreicht als ihr aufgrund der verhältnismäßigen Listenwahl zustehen. Eine besondere Bedeutung kam in diesem Verfahren lange Zeit auch der 5 % Sperrklausel zu, die allerdings 1999 wieder abgeschafft wurde. Parteien, die unter 5 % der abgegebenen Stimmen lagen, wurden bis zu diesem Jahr bei der Mandatsverteilung nicht berücksichtigt.

Von Interesse - gerade für die kleineren Parteien - war zudem die mathematische Verrechnungsmethode bei der Verhältniswahl. Lange Zeit wurde hierbei das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt angewendet. Angenommen es sind insgesamt 10 Sitze zu vergeben, dann werden die von den einzelnen Parteien erreichten Stimmenzahlen hierbei nacheinander durch 1,2,3,4...10 geteilt und die aus den Divisionen entstehenden 10 Höchstzahlen der Reihe nach auf die einzelnen Parteien verteilt. Bei der Ratswahl 1979 und seit 1999 wird allerdings das Verfahren der mathematischen Proportion nach Hare-Niemeyer angewendet. Hierbei werden die von den einzelnen Parteien erreichten Stimmenzahlen mit der Anzahl der zu vergebenden Sitze multipliziert und anschließend durch die Anzahl der insgesamt für alle Parteien abgegebenen Stimmen geteilt. Nach diesem Verfahren werden in bestimmten Fällen kleinere Parteien bei der Mandatsvergabe bevorteilt.

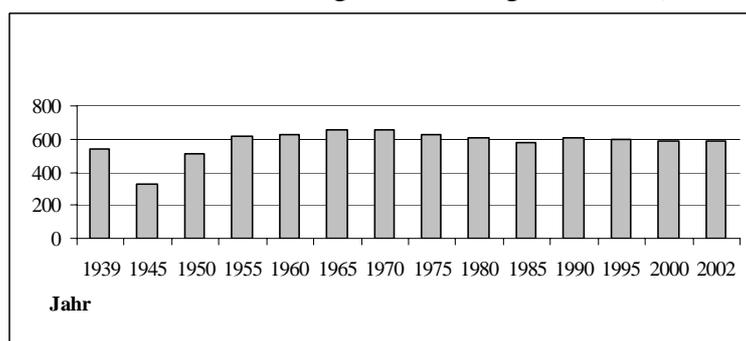
## 4. Die Wählerschaft: Grundzüge der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Strukturwandels

In der Zeit seit den ersten Nachkriegskommunalwahlen in NRW im Oktober 1946 hat die Stadt Dortmund wie auch die gesamte Region des Ruhrgebiets tiefgreifende Veränderungen erfahren, die gemeinhin als Strukturwandel umschrieben werden. Dieser Prozess, der die Stadt immer stärker von einer Bergbau- und Stahlstadt zu einem Zentrum moderner Forschung im High-Tech-Bereich und überregionaler Dienstleistungen hat werden lassen, brachte bzw. bringt natürlich auch vielfältige Auswirkungen auf die Dortmunder Bevölkerung mit sich. Zumindest aus der Perspektive einer soziologisch bzw. sozialstrukturell orientierten Wahlforschung lassen sich Änderungen der Parteienbindung und des individuellen Wahlverhaltens nur durch Prozesse sozialen Wandels erklären.<sup>3</sup> Aus diesem Grund wird im Folgenden zunächst einmal anhand einiger ausgewählter Merkmale, welchen gemeinhin ein Einfluss auf die Wahlentscheidung beigemessen wird, auf Gesamtstadtebene ein kurzer Überblick über die Veränderungen der Dortmunder Sozial- und Wirtschaftsstruktur unter den Rahmenbedingungen des Strukturwandels gegeben.

### 4.1 Die Bevölkerungsstruktur

Nach der Niederlage Nazi-Deutschlands im Jahr 1945 war die Dortmunder Bevölkerung aufgrund von Wehr- und Arbeitsdienst, Todesfällen durch Bombenangriffe sowie infolge von Evakuierungen um etwa 40 % gegenüber der Vorkriegszeit auf etwa 325.000 Menschen geschrumpft. Die Erfolge des wirtschaftlichen und städtebaulichen Wiederaufbaus ließen die Bevölkerungszahl jedoch recht bald wieder steigen. Im Jahr 1965 erreichte dann die Stadt - auch im Zusammenhang mit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte - mit 658.075 Einwohnern den historischen Höchststand ihrer Einwohnerzahl. Einher mit dem Bevölkerungswachstum ging auch eine räumliche Verschiebung der Bevölkerung. War noch vor dem Krieg nahezu die Hälfte der Bevölkerung in der Innenstadt wohnhaft, so verlagerte sich das Gewicht in der Nachkriegszeit immer mehr zugunsten der Außenstadt.

Grafik 1: Die Bevölkerungsentwicklung seit 1939 (in Tsd.)



Seit Ende der 60er Jahre war die Entwicklung der Bevölkerungsgröße wieder rückläufig, was neben der 1975 einsetzenden Stahlkrise auch auf den Pillenknick zurückzuführen war. Allein durch den letztgenannten Effekt verlor Dortmund in der folgenden Zeit etwa 2.000 Einwohner per anno. Auch die Eingemeindung von Holzen, Buchholz und Lichtendorf im Rahmen der kommunalen Gebietsreform von 1975 konnte diesen Negativ-Trend nicht beeinflussen, so dass die Einwohnerzahl bis 1987 auf 573.300 absank.

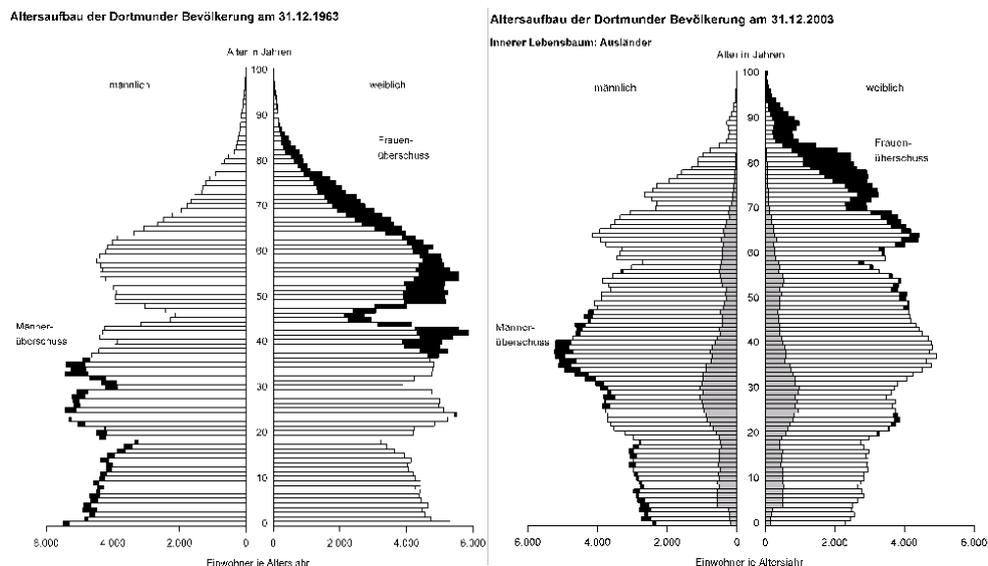
<sup>3</sup> Siehe Bürklin/Klein 1998, S. 19.

Ab Ende der 80er Jahre war im Zusammenhang einer allgemeinen Zuwanderungsbewegung infolge des Mauerfalls und des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in Osteuropa wieder ein leichter Bevölkerungsanstieg zu verzeichnen, der 1993 mit 609.758 in Dortmund lebenden Menschen seinen Höhepunkt fand. Nach einer daran anschließenden Phase des erneuten (allerdings verhaltenen) Bevölkerungsrückgangs ist die Einwohnerzahl seit 1999 mit Werten um die 585.000–588.000 recht stabil (Stand 31.12.2003: 587.607).

## Zuwachs an älteren Menschen

Ein nicht unwichtiger Aspekt der Bevölkerungsentwicklung betrifft den Altersaufbau der in Dortmund lebenden Menschen. Diesbezüglich ist ein klarer Trend festzumachen, der durch eine immer älter werdende Bevölkerung gekennzeichnet ist. Dies hat allerdings nicht nur einen potentiellen Einfluss auf die Wahlergebnisse (hierauf wird weiter unten noch ausführlicher eingegangen). Gerade die sozialen Sicherungssysteme stehen mit der Zunahme der altersbedingt nichterwerbsfähigen Bevölkerung vor einer großen Herausforderung.

Grafiken 2 und 3: Der Altersaufbau der Dortmunder Bevölkerung 1963 und 2003

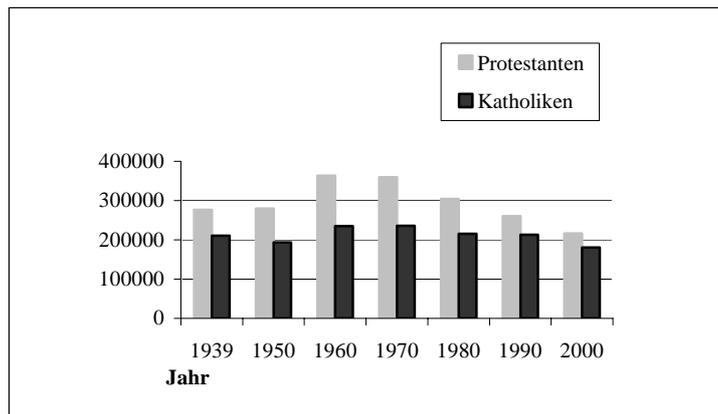


## Katholiken und Protestanten

Lange Zeit galt die Konfession als ein wichtiger Indikator für die individuelle Wahlentscheidung. Gerade bei den katholischen Bürgern war hierbei eine starke Affinität zur Zentrumspartei bzw. später zur CDU nachzuweisen. Mit dem allgemeinen Rückgang der Kirchenbindung verliert die Konfession als prägender Faktor der Wahlentscheidung allerdings zunehmend an Bedeutung. Nichtsdestotrotz muss in einer historischen Wahlanalyse der Faktor Religionszugehörigkeit wenigstens kurz angesprochen werden.

Da die freie Reichsstadt Dortmund nach der Reformation das protestantische Bekenntnis angenommen hatte, herrschte in Dortmund über Jahrhunderte ein deutliches Übergewicht der protestantischen Bevölkerung vor. Nach 1945 setzte sich diese Konfessionsstruktur zuungunsten der Katholiken fort, da sich die nach dem Krieg in Dortmund ansiedelnde Bevölkerung überwiegend zum Protestantismus bekannte. Grafik 4 gibt einen Überblick über die Entwicklung der beiden Religionszugehörigkeiten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Grafik 4: Protestanten und Katholiken

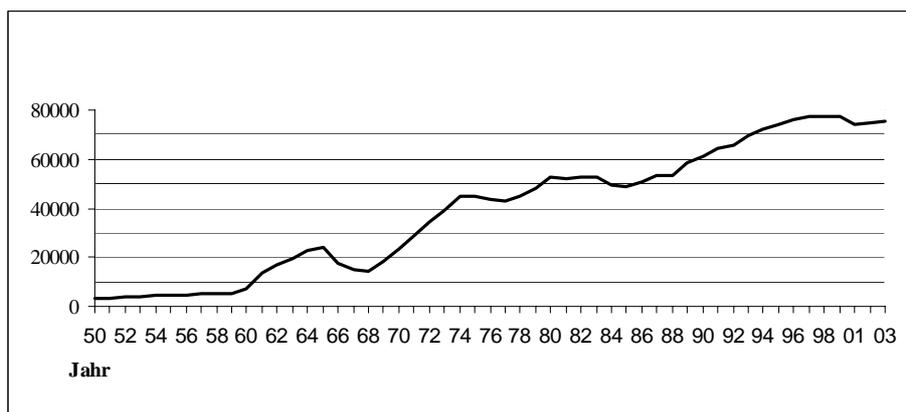


### Ausländeranteil

Auch der Ausländeranteil in bestimmten Gebietseinheiten wird gemeinhin als Untersuchungsmaßstab von Wahlergebnissen herangezogen, auch wenn die überwiegende Mehrheit der ausländischen Mitbürger weder das aktive noch das passive Wahlrecht besitzt. Gleichwohl wird ein Zusammenhang zwischen dem Ausländeranteil und dem Wahlverhalten der wahlberechtigten Bevölkerung unterstellt, welcher besonders auf die generelle Sozial- und Bebauungsstruktur der betreffenden Gebiete abzielt.

Die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsstrukturen machte in den 60er und 70er Jahren eine Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern unumgänglich. In diesem Kontext setzte in dem genannten Zeitraum ein starker Zuwanderungsstrom vor allem aus der Türkei und südeuropäischen Ländern wie Italien, Spanien und Griechenland ein. Die Entwicklung des Zuzugs von Ausländern gibt Grafik 5 wieder.

Grafik 5: Gemeldete Ausländer in Dortmund seit 1950



## 4.2 Die ökonomische Struktur

### Die Dominanz der Montanindustrie

Ein wesentlicher Faktor für die Wahlentscheidung ist auch in der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Wählerschaft zu sehen. Ausgangspunkt für die wirtschaftliche Entwicklung und die allgemeine Beschäftigungsstruktur Dortmunds nach dem Krieg war die traditionelle

Ausrichtung auf industrielle Arbeitsplätze. Noch Anfang der 60er Jahre waren 58,7 % der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk tätig (1961) und 31,8 % aller Dortmunder arbeiteten in Großbetrieben der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit mehr als 1.000 Beschäftigten (1960). Zwar zeigten sich Anfang der 60er Jahre bereits erste Anzeichen einer Veränderung der Wirtschaftsstruktur (in der Zeitspanne von 1950 bis 1960 hatte es eine Verlagerung um 3,5 Prozentpunkte zugunsten von Handel, Banken und Verkehr gegeben)<sup>4</sup>, aber während die Anzahl der im Bergbau Beschäftigten infolge der Kohlekrise und den daraus resultierenden Zechenstillegungen seit Ende der 50er Jahre von 44.000 (1959) auf 18.000 (1973) massiv zurückging<sup>5</sup>, blieb die Zahl der Arbeitnehmer in der Hüttenindustrie zunächst noch relativ konstant, so dass die Beschäftigungsstruktur bis in die 70er Jahre weiterhin wesentlich durch die Montanindustrie geprägt war.

Größere Auswirkungen auf die Beschäftigungsstruktur und die Dominanz der Montanindustrie hatte dann die 1975 einsetzende weltweite Stahlkrise, von der die Stadt Dortmund besonders hart getroffen wurde. In den folgenden Jahren sank die Anzahl der im Stahlbereich tätigen Arbeiter stark ab. Arbeiteten noch 1964 rund 38.000 Menschen bei Hoesch, so betrug die entsprechende Zahl im Jahre 1986 nur noch 18.000.<sup>6</sup> Diese Entwicklung führte schließlich im Jahr 2001 zum endgültigen Aus der Eisen- und Stahlerzeugung als zentraler Wirtschaftsbe- reich und wichtiger Arbeitgeber der Dortmunder Bevölkerung, nachdem schon 1987 mit der Schließung der Zeche Minister Stein die lange Tradition des Kohlebergbaus auf dem Stadtge- biet zu Ende gegangen war.

## Die Entwicklung des tertiären Sektors

Parallel zum Verfall der Montanindustrie im sekundären Sektor fand jedoch auch ein deutlicher Anstieg der Beschäftigtenzahlen im tertiären Sektor statt. Insbesondere erlangte die Stadt nun auch Bedeutung als Banken- und Versicherungsstandort, was insofern eine neue Entwicklung darstellte, als gerade das Versicherungswesen in der Vorkriegszeit in Dortmund keine wesentliche Rolle gespielt hatte. Zwar lag Dortmund bei der Arbeitsstättenzählung 1970 mit 49 % der Beschäftigten im Dienstleistungssektor noch um rund 8 % unter dem Anteilswert anderer Großstädte mit vergleichbarer Größe<sup>7</sup>, jedoch stieg die Anzahl der in diesem Sektor tätigen Menschen seit Anfang der 80er Jahre nochmals rasant an (siehe auch Tabelle 2).

Tabelle 2: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren

Merkmal	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren							
	1980	1990	1995	1998	1999	2000	2001	2002
<b>Land-/Forstwirtschaft</b>	0,4%	0,6%	0,6%	0,6%	0,5%	0,6%	0,6%	0,5%
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	48,2%	37,7%	30,6%	29,3%	27,7%	26,8%	25,3%	22,4%
<b>Dienstleistungen</b>	51,4%	61,7%	68,8%	70,1%	71,8%	72,6%	74,2%	77,1%

Mit der steigenden Bedeutung des tertiären Sektors war zugleich auch eine sich wandelnde Rolle der Frauen im Berufsleben verbunden. Offensichtlich hat es in den letzten 40 Jahren

<sup>4</sup> Vgl. hierzu Günther Högl: Urbanität und Demokratie, in: Stadtarchiv Dortmund (Hrsg.), Geschichte der Stadt Dortmund, Dortmund 1994, S. 481.

<sup>5</sup> Vgl. bzgl. den genannten Zahlen Dietmar Petzina: Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel in der Stadtregion Dortmund, in: Gustav Luntowski/Norbert Reimann (Hrsg.), 1100 Jahre Stadtgeschichte, Dortmund 1982, S. 310.

<sup>6</sup> Siehe zu diesen Zahlen Gustav Luntowski: Kleine Wirtschaftsgeschichte von Dortmund, Dortmund 1988, S. 139.

<sup>7</sup> Vgl. ebd., S. 140 f.

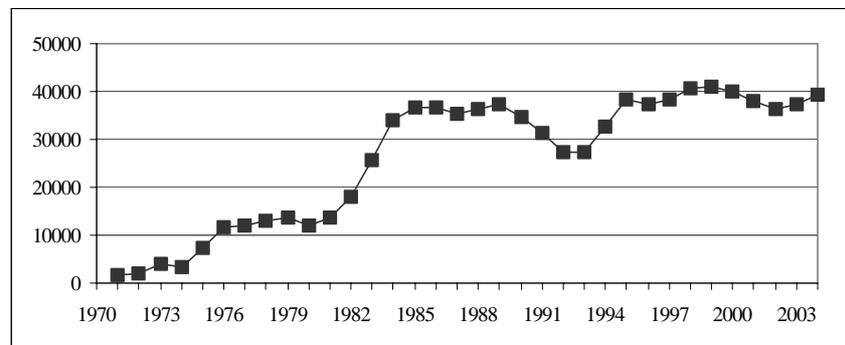
dabei eine erhebliche Zunahme von Arbeitsplätzen gegeben, die zwar grundsätzlich auch Männern zugeordnet werden könnten, aber hauptsächlich von Frauen eingenommen werden. 1961 betrug der Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung um die 28 %. Im Jahre 2002 waren demgegenüber knapp 45 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten weiblichen Geschlechts.<sup>8</sup>

### Moderate Arbeitslosenzahlen bis Mitte der 70er Jahre

Eng verknüpft mit dem Wandel der Beschäftigungsstruktur ist die Höhe der Arbeitslosigkeit in Dortmund, denn es stellt(e) sich naturgemäß die Frage, ob und wie die weggefallenen Arbeitsplätze in der Montanindustrie durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Bereichen ersetzt werden konnten und können.

Dabei war die Ausgangslage in der Stadt zunächst recht günstig. Zu Beginn der 50er Jahre war die Arbeitslosenquote so niedrig (1952: 2, 3%), dass sie de facto einer Vollbeschäftigung entsprach. Die erste größere Herausforderung für den Arbeitsmarkt stellte dann die Kohlekrise seit Mitte/Ende der 50er Jahre dar. Allerdings konnten die damals aus der Bergbauindustrie rückwandernden Arbeitskräfte aufgrund der allgemeinen Hochkonjunktur noch weitgehend in den allgemeinen Arbeitsprozess integriert werden. So entstanden in anderen Wirtschaftsabteilungen wie der Elektroindustrie, wo sich in dem Zeitraum zwischen 1959 und 1973 die Anzahl der beschäftigten Personen von 5.000 auf 10.000 verdoppelte, viele neue Arbeitsplätze.<sup>9</sup> Ein deutlicher Hinweis für die Existenz einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen in jener Phase ist auch die Anwerbung ausländischer Arbeiter seit Mitte der 50er Jahre.

Grafik 6: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1970



### Der Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge der Stahlkrise

Infolge der Stahlkrise Mitte der 70er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit allerdings rasch an. Waren im Jahr 1974 nur 7.396 Menschen in Dortmund (offiziell) arbeitslos gemeldet, so waren es nur ein Jahr später schon 11.592. Wegen des drastisch verminderten Wirtschaftswachstums war es im Gegensatz zur Kohlekrise Ende der 50er Jahre kaum mehr möglich, die freiwerdenden Arbeitskräfte in anderen Bereiche anzusiedeln. 1983 überstieg die Arbeitslosenzahl die 30.000er Marke. Nach einem leichten konjunkturellen Aufschwung Anfang der 90er Jahre (1991 und 1992 waren in Dortmund etwa 27.000 Menschen arbeitslos gemeldet) setzte sich dieser Negativtrend weiter fort und erreichte 1998 mit 41.000 Menschen ohne Beschäftigung

<sup>8</sup> Siehe die Ausführungen bei Ernst-Otto Sommerer: Der Strukturwandel. Ausgewählte Aspekte eines (halben) Jahrhunderts, in: Stadt Dortmund. Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Dortmunder Statistik. 100 Jahre Statistisches Amt 1896-1996, Dortmund 1996, S. 74 f.

<sup>9</sup> Vgl. Dietmar Petzina 1982, S. 310.

seinen Höhepunkt. Nach einem leichten Rückgang auf 36.208 (2001) lag die Arbeitslosenzahl dann am 30.6.2003 bei 39.350 Personen (dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 14,3 %).

Angesichts der aufgeführten Zahlen lässt sich also zusammenfassend konstatieren, dass der Strukturwandel durch einen massiven Arbeitsplatzverlust im industriellen Sektor und einen damit verbundenen Anstieg der Arbeitslosigkeit (bei tendenziell abnehmender Bevölkerungsgröße) gekennzeichnet ist. Die negativen Folgen des Missstandes Arbeitslosigkeit sind jedoch nicht nur für die direkt Betroffenen und deren familiäres Umfeld bemerkbar, sondern auch für die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik (ist doch eine hohe Arbeitslosenquote kein singuläres Dortmunder Problem). Zudem kann eine mit hoher Arbeitslosigkeit einhergehende Unzufriedenheit größerer Bevölkerungsgruppen auch das Wählerverhalten beeinflussen, indem nämlich die betroffenen Bürger sich entweder aus Frust und Enttäuschung der Wahl enthalten oder aber zugänglicher sind, für radikalere populistische Parolen des links- oder rechtsextremen Lagers.

## 5. Die Parteienlandschaft bei Dortmunder Kommunalwahlen

Wie auf der Bundes- und Landesebene, sind auch die Volksvertretungen auf kommunaler Ebene weitestgehend durch politische Akteure mit Parteienstatus geprägt. Anders als noch in der Weimarer Republik wurde den Parteien durch das 1949 verabschiedete Grundgesetz der Bundesrepublik ein verfassungsrechtlicher Status zugewiesen, indem sie nämlich bei der „politischen Willensbildung des Volkes“ mitwirken (Art. 21 GG).

Im Rahmen des Parteiengesetzes von 1967 wurden die Aufgaben der Parteien dann auch verbindlich festgelegt und eine Reihe von Mindestanforderungen für die innere Ordnung aufgestellt. Eine wichtige Anforderung stellt im Kontext dieser Analyse die Kandidatur für Wahlen auf Bundes- und Landesebene dar, weil dieses Kriterium nicht auf die kommunalen Wählervereinigungen zutrifft, die somit keine Parteien im Sinne des Parteiengesetzes darstellen. Allerdings bedeutet dies nicht, dass die „normalen“ Parteien gegenüber den sog. „Rathausparteien“ in irgendeiner Weise privilegiert sind. In Dortmund wie auch in Gesamt-NRW konnten Wählervereinigungen bei Kommunalwahlen im Vergleich zu anderen Bundesländern wie etwa Baden-Württemberg allerdings nur geringe Erfolge erzielen<sup>10</sup>, weswegen im Folgenden ausführlicher nur auf die überregional bekannten Parteien Bezug genommen.

### 5.1 Die Entwicklung des Parteiensystems

Der Terminus Parteiensystem bezieht sich auf die Gesamtheit der auf einer politischen Ebene existenten Parteien und deren Wechselbeziehungen untereinander. Unabhängig von der Höhe der jeweiligen Stimmenanteile der verschiedenen Parteien entspricht dabei das kommunale Parteiensystem in Dortmund in weiten Teilen jener Struktur, die auch auf Landes- und Bundesebene vorherrsch(t)en. Nach einer groben Einteilung bezüglich der Parteivielfalt im Dortmunder Rathaus lassen sich vier verschiedene Phasen der Entwicklung des Parteiensystems ausmachen:

#### 1. Die Entstehungsphase (1946-1956)

Die Entstehungsphase des lokalen Parteiensystems nach 1945 war wie das Parteiensystem auf Bundesebene zunächst einmal geprägt durch eine Dialektik von Kontinuität und Neubeginn. Einerseits knüpften verschiedene Parteien an die politischen Traditionen der Weimarer Republik an, andererseits entschieden sich weite Teile im liberalen und im christlich-demokratischen Lager bewusst gegen eine einfache Wiederbegründung der alten Parteiorganisationen. So kandidierten bei den ersten drei Nachkriegs-Kommunalwahlen in Dortmund neben den „alten“ Parteien SPD, Zentrum und KPD auch folgende neugegründete Parteien: Die Christlich Demokratische Union (CDU), die Freie Demokratische Partei (FDP), die Nationale Rechte (NR), die Frei-Soziale Union (FSU) und der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Trotz dieser Vielzahl politischer Parteien war der Rat der Stadt Dortmund allerdings nicht durch eine Parteienzersplitterung nach Weimarer Art gekennzeichnet oder gar gelähmt. Schon in dieser Anfangsphase der Dortmunder (Nachkriegs-) Kommunalwahlgeschichte erreichte die SPD mit Stimmenanteilen über 45 % ihre über Jahrzehnte andauernde dominante Stellung im Rathaus. Die CDU stellte schon damals aufgrund ihrer Wahlergebnisse (1946: 35,1 %, 1948: 31,1 % und 1952: 29,5 %) „nur“ die zweitstärkste Kraft im politischen Leben der Stadt Dortmund dar. Relativ gute Ergebnisse konnten zudem die KPD als

---

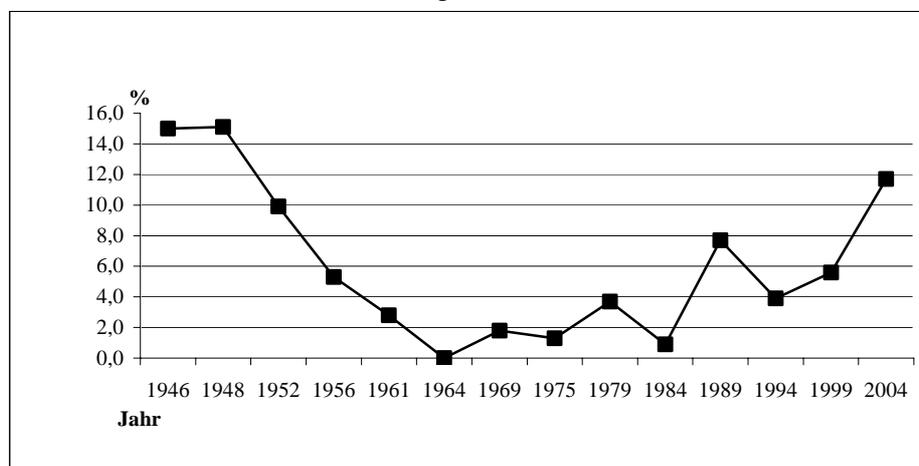
<sup>10</sup> Vgl. zu den Gründen hierfür Wolfram Kuschke/Manfred Cryns: Kommunalwahlen und Kommunalwahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen, in: Uwe Andersen (Hrsg.), Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1989, S. 87 f.

dritt- und die FDP als viertstärkste politische Kraft erzielen. In welchem Umfang ehemalige Anhänger der NSDAP-Anhänger nach 1945 den anderen Parteien zuströmten, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Es erscheint allerdings plausibel, dass bei der Integration dieser Bevölkerungsgruppe in den Wählermarkt der Nachkriegszeit sozialstrukturelle sowie konfessionelle Zugehörigkeiten ausschlaggebend waren. Demnach hätten sich also ehemalige NSDAP-Wähler aus dem Mittelstand eher der FDP oder (zumal, wenn sie katholisch waren) der CDU zugewandt, ehemalige NS-Wähler aus den Unterschichten (zumal, wenn sie protestantisch oder antikirchlich orientiert waren) eher der SPD<sup>11</sup>.

## 2. Die Konzentrationsphase (1956-1979)

Seit Mitte der 50er Jahre trat im Dortmunder Rathaus ein „Konzentrationsprozess“ ein, der einige zuvor etablierte Parteien in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwinden ließ. Betrug der Anteil der „Sonstigen“ (neben SPD, CDU und FDP) bei den Kommunalwahlen der Jahre 1946, 1948 und 1952 noch 15,1 bzw. 15,0 und 9,9 %, so sank er bei der Kommunalwahl 1956 auf 5,3 % und bis 1979 kontinuierlich weiter auf 1 % ab. In besonderem Maße galt dieser Negativtrend der übrigen Parteien für die KPD (siehe Näheres weiter unten). Aber auch das traditionsreiche Zentrum verschwand angesichts der erdrückenden Konkurrenz durch die CDU in der Versenkung. Somit war die Struktur der Dortmunder Volksvertretung, so wie das nationale Parlament in Bonn und das Landesparlament in Düsseldorf, bis Ende der 70er Jahre durch ein Zweieinhalb-Parteiensystem von SPD, CDU und - allerdings wesentlich schwächer - FDP gekennzeichnet. Begünstigt wurde der Konzentrationsprozess auch durch die Fünfprozent-Klausel des kommunalen Wahlgesetzes des Landes NRW, welche den Einzug kleinerer oder neuer Parteien in die Volksvertretung grundsätzlich erschwerte.

Grafik 7: Der Stimmenanteil der Sonstigen (neben SPD, CDU, FDP und GRÜNEN)



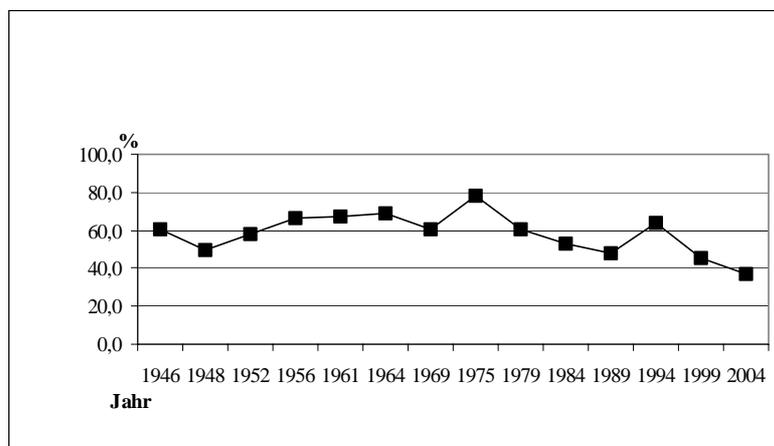
## 3. Die Phase der moderaten Ausdifferenzierung (1979-1999)

Seit Ende der 70er/Beginn der 80er Jahre ist, wie in der Entstehungsphase des Parteiensystems, eine Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft zu konstatieren. Im Zuge der Herausbildung neuer sozialer Milieus büßten die beiden Volksparteien SPD und CDU generell an Integrationskraft ein. Dieser Zusammenhang wird deutlich, wenn man die Wähler, welche die beiden Parteien zusammen bei Wahlen für sich gewinnen konnten, in Relation setzt zu den Wahlberechtigten insgesamt. Auch die über Jahrzehnte im Dortmunder Rat vertretene FDP

<sup>11</sup> Vgl. hierzu Arno Klönne: Die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen. Historische Verankerung und soziales Profil, in: Ulrich von Alemann (Hrsg.), Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1985, S. 79.

musste seit der Kommunalwahl 1979 verstärkt Verluste hinnehmen und verfehlte bis 1999 den Einzug in das kommunale Parlament. Jedoch traten in dieser Phase auch neue Parteien auf, von denen den GRÜNEN, welche 1984 erstmals in den Rat eingezogen, das größte politische Gewicht zukam. Verbunden war mit dem zeitgleichen Aufstieg der GRÜNEN und dem Abstieg der FDP zugleich eine Stärkung des linken Parteienspektrums auf kommunaler, wie auf Landes- und Bundesebene. In der Wahlperiode 1989-1994 gelang zudem den rechtsradikalen Republikanern der Einzug in den Rat der Stadt Dortmund. Am entgegengesetzten Pol des politischen Radikalismus/Extremismus konnten entsprechende Wahlerfolge nicht erzielt werden. Insbesondere der politisch äußerst links orientierten PDS, welche auf Bundes- und ostdeutscher Landesebene beachtliche Ergebnisse erzielen konnte, gelang es nach der deutschen Wiedervereinigung nicht, auf dem Dortmunder Wählermarkt Fuß zu fassen.

Grafik 8: Die sinkende Integrationskraft der Volksparteien (Stimmenanteil von SPD und CDU an der insgesamt wahlberechtigten Bevölkerung)



#### 4. Die Phase der starken Ausdifferenzierung seit 1999

Seit der Kommunalwahl 1999 ist die Parteienlandschaft im Vergleich zur vorhergehenden Phase durch noch stärkere Ausdifferenzierungstendenzen gekennzeichnet. Dies kann im Wesentlichen auf die Abschaffung der Fünfprozent-Sperrklausel zurückgeführt werden. So reichte bei der Ratswahl 1999 ein Stimmenanteil von 1 % (Linkes Bündnis) und bei der Wahl 2004 von 0,7 % (Offensive D) zur Erlangung eines Mandats. Infolge dessen zogen bei der Ratswahl 1999 neben der SPD, der CDU und den GRÜNEN auch folgende Parteien in das Rathaus ein: Die DVU, die Wählervereinigung Bürger statt Politiker, das Linke Bündnis und die FDP. Bemerkenswert war zudem, dass die CDU und SPD nun gleichstark im Rat vertreten waren und die SPD ihre absolute Mehrheit verloren hatte. Bei der Kommunalwahl im Jahr 2004 wurde der Trend einer zunehmenden Parteienvielfalt im Rathaus bestätigt. Neben der nun wieder stärksten SPD-Fraktion, ihrem Koalitionspartner, den GRÜNEN und der CDU zogen wiederum zahlreiche politische Gruppierungen in das Rathaus ein: Die FDP, die DVU, die Bürgerliste, das Linke Bündnis sowie die Offensive D. Zwar konnte auch die PDS aufgrund eines Stimmenanteils von 2,8 % erstmals mit zwei Sitzen in das Rathaus einziehen, allerdings steht dieser Erfolg in keinem Verhältnis zu ihren Wahlerfolgen in den neuen Bundesländern. Die PDS bleibt somit trotz des offensichtlichen Popularitätsdefizits der etablierten Parteien infolge des sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformkurses eine ostdeutsche Regionalpartei mit geringer bis gar keiner Bedeutung für den Ausgang der Wahlen in den alten Bundesländern und somit auch in Dortmund.

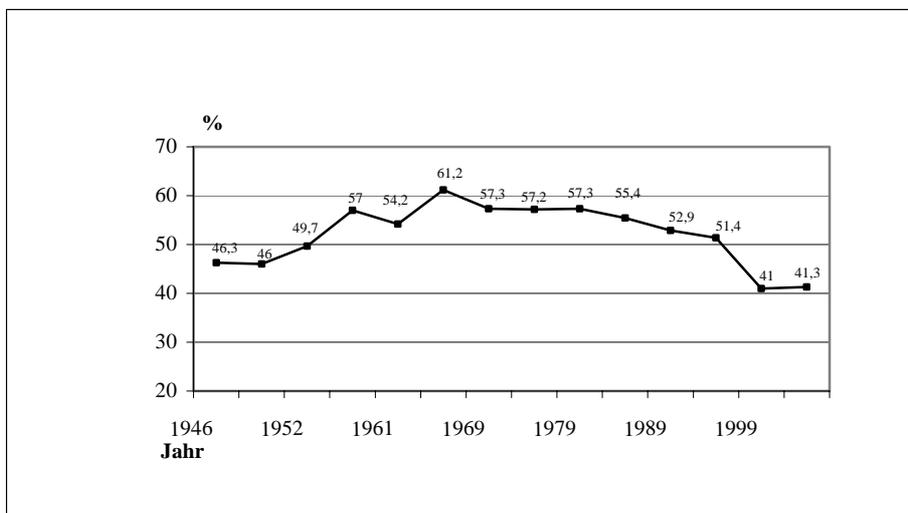
## 5.2 Die Entwicklung der Parteien im Einzelnen

Nachdem im vorangegangenen Unterkapitel die allgemeine Struktur des Parteiensystems im Vordergrund stand, wird im Folgenden die Entwicklung der politisch längerfristig relevanten Parteien nachgezeichnet, d.h. jener Parteien, die über mehrere Wahlperioden im Rat vertreten waren und sind. Aufgrund der aus den Kommunalwahlergebnissen ersichtlichen außerordentlichen Stellung der Sozialdemokratie wird hierbei besonders ausführlich auf die Rolle der SPD eingegangen.

### Die SPD

Die Sozialdemokraten sind seit 1946 die dominierende Partei im Dortmunder Rathaus. Alle Dortmunder Oberbürgermeister der Nachkriegszeit gehörten der SPD an und im Rat stell(t)en sie mit Ausnahme der Kommunalwahl 1999 die stärkste Fraktion. Fast vierzig Jahre lang, von 1956 bis 1994, erhielt die Sozialdemokratie bei Ratswahlen gar die absolute Mehrheit der abgegebenen Wählerstimmen. Auf dem Zenit ihrer Machtposition im Jahre 1964 konnte die SPD 61,2 % der Wählerstimmen für sich verbuchen. In diesem Sinne ist dann auch das berühmte Zitat Willy Brandts, wonach Dortmund die heimliche Hauptstadt der Sozialdemokratie sei, sicherlich nicht unzutreffend.

Grafik 9: Stimmanteile der SPD bei den Kommunalwahlen 1946-2004



Bei Betrachtung der Kommunalwahlergebnisse seit 1946 in Gesamt-NRW (siehe Näheres weiter unten), wo keine durchgängigen Wahlerfolge der SPD zu verzeichnen sind, stellt sich allerdings die Frage, wie sich der trotz des Abwärtstrends langfristige Erfolg der Partei in Dortmund erklären lässt.

Der generelle Verweis auf den hohen Industrialisierungsgrad und die damit verknüpfte spezifische Problem- und Interessenlage der Bevölkerung des Ruhrgebiets, mit dem Dortmund in vielfacher Hinsicht verbunden ist, reicht hierbei allerdings nicht aus bzw. muss in zeitlicher Hinsicht relativiert werden. Denn der Blick zurück in die Weimarer Zeit zeigt, dass die SPD bei Wahlen in der Region oft nur die dritte oder vierte Kraft hinter Zentrum, KPD und Nationalliberalen bzw. DVP darstellte. Zwar stellte sich die Situation in Dortmund im Ruhrgebietsdurchschnitt günstiger für die Sozialdemokraten dar, aber in den letzten freien Kommunalwahlen vor der Nazi-Diktatur holten sie beispielsweise nur 30 von 84 Sitzen in der Stadtver-

tretung, was bei weitem nicht dem Mandatsanteil bei den Nachkriegswahlen entspricht.<sup>12</sup> Als Erklärung für die außerordentlichen Wahlerfolge der SPD in Dortmund lassen sich insofern insbesondere folgende Entwicklungen der Nachkriegszeit als Gründe anführen:

1. In der Anfangszeit der Nachkriegsdemokratie konnte sich die Partei noch auf Widerstandszentren aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur stützen und hatte insofern personelle und organisatorische Startvorteile gegenüber den anderen Parteien. Günstig wirkte sich auch die Einführung einer Einheitsgewerkschaft aus, wodurch die SPD-nahen freien Gewerkschaften nicht mehr mit christlichen oder syndikalistisch-kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen wie noch in der Weimarer Zeit konkurrieren mussten.<sup>13</sup>

2. Der Anstieg der SPD-Stimmenanteile bei Wahlen nach 1945 vollzog sich in zeitlicher Parallelität mit den Zerfallsprozessen von KPD und Zentrum, so dass hier grundsätzliche Wirkungszusammenhänge vermutet werden können. Das bedeutet also, dass zur Wählerschaft der SPD zunehmend sowohl radikal-sozialistisch gesinnte als auch katholische Arbeiter hinzu-stießen. Angesichts des pro-sowjetischen Kurses der KPD, der zunehmenden Marginalisierung des Zentrums und der tendenziell arbeitgeberfreundlichen Politik der CDU (welche sich nicht lange auf „Ahlener Kurs“ halten konnte) boten die Sozialdemokraten gerade der Arbeiterschicht in Dortmund und im gesamten Ruhrgebiet die scheinbar naheliegendste Option, die Interessen der Arbeitnehmerschaft auf der politischen Bühne umzusetzen.<sup>14</sup>

3. Die SPD in Dortmund wurde auch besonders mit den Erfolgen des Wiederaufbaus in der Stadt identifiziert. Somit entsprach ihr kommunalpolitisches Erscheinungsbild eher den Erwartungen der Wähler als der besonders in außen- und deutschlandpolitischen Fragen rigorose Oppositionskurs der Bundespartei.<sup>15</sup>

4. Mit dem Godesberger Programm von 1959 verabschiedete sich die Partei von sozialistisch-orientierten Konzepten und akzeptierte bzw. befürwortete die soziale Marktwirtschaft als adäquates Wirtschaftssystem für die BRD. Programmatisch zur Volkspartei geworden, gelang es der SPD nun, solche Teile der Bevölkerung bei Wahlen für sich zu gewinnen, die nicht der traditionellen SPD-Wählerschaft zuzurechnen waren. Auch dieser politischen Umorientierung war es zu verdanken, dass die SPD von Ende der 50er Jahre bis Anfang/Mitte der Siebziger Jahre im Zuge des „Genossen Trend“ nicht nur bei Kommunalwahlen, sondern auch auf Bundes- und Landesebene Stimmengewinne erzielen konnte

5. Schließlich war ein bedeutender Grund für den Erfolg der SPD in der Stadt Dortmund deren Funktion als Krisenmanager des Strukturwandels bzw. als Konkursverwalter der sich im Niedergang befindenden Montanindustrie. Entgegen dem Anfang/Mitte der Siebziger Jahre bundesweit einsetzenden Großstadttrend zuungunsten der SPD, konnte die Partei aufgrund ihrer Nähe zu den Leidtragenden der Kohle- und Stahlkrise im Ruhrgebiet ihre Stimmenanteile bis Mitte der Neunziger Jahre bei nur leichten Verlusten nahezu konstant halten.<sup>16</sup>

Die Wahlergebnisse der beiden letzten Kommunalwahlen zeigen, dass die uneingeschränkte Dominanz der Partei in der Stadt Dortmund zu einem Ende gekommen zu sein scheint. Bei

---

<sup>12</sup> Siehe hierzu Werner Noeske: 50 Jahre Wahlen in Dortmund. Entwicklungen und Veränderungen auf dem Dortmunder Wählermarkt seit dem 2. Weltkrieg, in: Statistik und Wahlen 1996, S. 86.

<sup>13</sup> Vgl. Arno Klönne 1985, S. 81 f.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 83.

<sup>15</sup> Vgl. Rainer Bovermann: Das „rote“ Rathaus. Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets am Beispiel Dortmund 1945-1964, Essen 1995, S. 246.

<sup>16</sup> Vgl. Noeske 1996, S. 90.

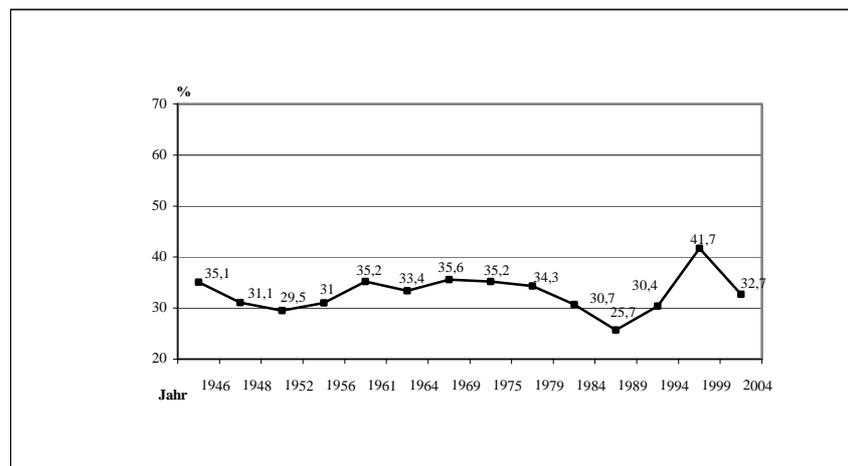
den Ratswahlen 1999 und 2004 konnte keine (absolute) Mehrheit der Ratssitze erreicht werden. Mehr noch als die andere große Volkspartei, die CDU, musste die SPD in Dortmund im Laufe der Zeit durch das Auftreten neuer Parteien Verluste hinnehmen. Dies galt und gilt in besonderem Maße für die GRÜNEN und die Herausforderung durch eine ökologische Konfliktstruktur. Wie kleinräumige Untersuchungen beweisen, ist allerdings auch zu konstatieren, dass die SPD-Wählerschaft gerade an ihrem rechten Flügel anfällig ist für Abwanderungen ins rechtsradikale bzw. rechtsextreme Lager.

Mehr noch als die Konkurrenz durch andere Parteien ist der wesentliche Hintergrund des SPD-Abwärtstrends allerdings im Zusammenhang mit der Auflösung der für die Wahlentscheidung einst entscheidenden Einbindung der Arbeiter in SPD-nahe gesellschaftliche Organisationen zu sehen. Mit dem Untergang der Montanindustrie im Zuge des Strukturwandels ging dabei eine Loslösung großer Teile der Wählerschaft von der IG Bergbau und Energie sowie der IG Metall vonstatten und damit auch (zumindest indirekt) von der Sozialdemokratie.

## Die CDU

Die Geschichte der Dortmunder CDU geht auf den 12. Juni 1945 zurück, als Mitglieder des sog. „Scherer-Kreises“ und der „Lensing-Gruppe“ beschlossen, eine Christlich-Demokratische Partei zu gründen. Im Dezember 1945 benannte man sich in Christlich Demokratische Union um, wobei der Begriff der Union signalisieren sollte, dass man über das katholische Lager hinaus auch andere gesellschaftliche Gruppierungen ansprechen wollte. Diesem Charakter einer Sammlungspartei verschiedener politischer Richtungen entsprechend, haben dann auch verschiedene Vorstellungen auf die CDU-Parteiprogrammatik eingewirkt, insbesondere die katholische Soziallehre, der Neo- und Ordoliberalismus und konservativ-protestantische Einflüsse.<sup>17</sup>

Grafik 10: Stimmanteile der CDU bei den Kommunalwahlen 1946-2004



Wie schon die ersten Wahlen auf allen politischen Ebenen zeigten, hatte sich die CDU recht schnell als gewichtiger Akteur des deutschen Parteiensystems etabliert. Dabei war ihre Ausgangslage in der Stadt Dortmund allerdings weniger erfolgsversprechend als im Bund oder im Land Nordrhein-Westfalen.

<sup>17</sup> Vgl. generell zum Ursprung der Union in NRW: Die CDU in Nordrhein-Westfalen. Von der Unionsgründung zur modernen Mitgliederpartei, in: von Alemann 1985, S. 95 ff. Siehe zur besonderen Situation in Dortmund auch Högl, S. 465 und Hans Graf: Die Entwicklung der Wahlen und der Parteien in Groß-Dortmund, Hannover/Frankfurt a.M. 1958, S. 141 ff.

Zunächst einmal war die konfessionelle Ausgangslage für eine Partei mit sehr hohem Anteil katholischer Stammwähler relativ ungünstig (1950 waren etwa nur 38,1 % der Dortmunder Einwohner katholisch, bei 55,2 % Protestanten). Auch die im Rahmen eines allgemeinen Säkularisierungsprozesses sinkende Bedeutung konfessioneller Aspekte in der Politik und die generelle Abnahme kirchlicher Bindungen wirkten sich für die CDU negativ aus. Zudem bedeutete der Fakt, dass die Partei anders als die Arbeiterparteien in Dortmund nicht auf traditionelle Kader mit enger persönlicher Bindung zurückgreifen konnte, für die Union einen Startnachteil in der Stadt.

Andererseits wirkte sich zunehmend positiv für die CDU aus, dass sie große Teile der Wählerschaft des Zentrums absorbieren konnte. Auch fasste die Partei in jenen Bevölkerungsgruppen Fuß, in denen vor der NS-Diktatur die liberalen Parteien dominierten. Zudem profitierte auch die Dortmunder CDU von den großen außen- und wirtschaftspolitischen Erfolgen der Bundesregierung Adenauer in den 50er Jahren. Allerdings konnte die CDU bei den Ratswahlen in Dortmund die Dominanz der SPD nicht brechen. Grafik 10 zeigt, dass ihre Stimmenanteile bis 1994 meistens um die 30-35 % betragen. Ihr schlechtestes Ergebnis erzielte die Union 1989 mit 25,7 %. Erst 1999 übersprang sie die 40 %-Marke und erreichte mit 41,7 % der abgegebenen Stimmen gar einen Vorsprung von 0,7 Prozentpunkten gegenüber der SPD. Bei der Oberbürgermeisterwahl desselben Jahres unterlag der CDU-Kandidat Dr. Volker J. Geers in der Stichwahl nur sehr knapp mit einem Stimmenanteil von 47,8 % gegen den amtierenden SPD-Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer. Bei der Ratswahl 2004 musste die CDU jedoch starke Verluste hinnehmen und liegt mit einem Ergebnis von 32,7 % wieder im Bereich ihrer Wahlergebnisse von 1946 bis 1994.

## Die FDP

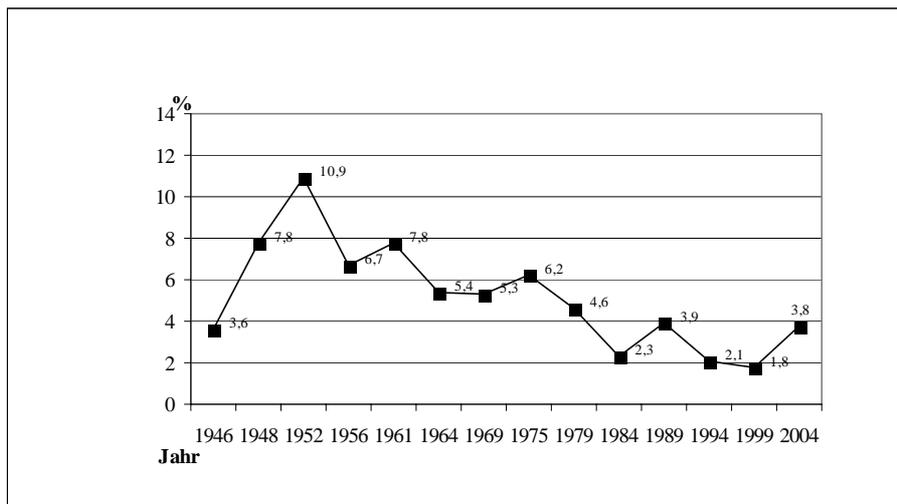
Der politisch organisierte Liberalismus in NRW ging aus einer Vielzahl lokaler und regionaler Gründungen seit dem Frühjahr 1945 hervor. In Dortmund nannte man sich zuerst „Demokratische Partei“, danach „Liberal-Demokratische Partei“ und erst ab Januar 1946 „Freie Demokratische Partei“ (FDP). Die Initiatoren entstammten überwiegend dem liberalen Partienspektrum der Weimarer Republik (also DDP und DVP). Programmatisch knüpfte die Partei an klassisch liberalen Vorstellungen wie der freien Marktwirtschaft oder dem liberalen Rechtsstaat an und bezog insbesondere eine Frontstellung gegen eine mögliche Konfessionalisierung der Politik durch die Unionsparteien wie auch gegen planwirtschaftliche Tendenzen der Linksparteien.<sup>18</sup>

Die Aussichten auf politische Erfolge für den parteilich organisierten Liberalismus waren nach 1945 aber unklar, waren doch Einigungsversuche des gesamten liberalen Spektrums schon in der Weimarer Republik nicht gelungen und ein großer Teil des Anhangs in der Zeit vor 1933 ins rechte Lager (DNVP und NSDAP) abgewandert. Zudem war die soziale Basis für liberale Ideen im Ruhrgebiet traditionell eher klein gewesen. Bei den Nachkriegskommunalwahlen in Dortmund kam der FDP lange Zeit die Rolle der drittstärksten Kraft zu. Bis zur Ratswahl 1975 übersprang sie die Fünfprozent-Sperrklausel mit Stimmenanteilen von durchschnittlich um die 6 %. Bei den im Jahre 1952 stattfindenden Stadtvertreterwahlen erreichte die Partei mit 10,9 % ihr bisher bestes Ergebnis. Anders als auf Bundes- oder Landesebene reichten die FDP-Ergebnisse aufgrund der sehr hohen SPD-Ergebnisse aber nicht aus, um das Zünglein an der Waage zu spielen und als Koalitionspartner „Regierungsverantwortung“ in Dortmund zu übernehmen.

---

<sup>18</sup> Vgl. allgemein zur Ausgangssituation der FDP in NRW Lothar Albertin: Die FDP in Nordrhein-Westfalen. Porträt einer fleißigen Partei, in: von Alemann 1985, S. 121 ff. Zur Situation in Dortmund siehe auch Graf 1958, S. 144 ff.

Grafik 11: Die Stimmanteile der FDP bei den Kommunalwahlen 1946-2004



Nach einer Phase der Bedeutungslosigkeit aufgrund der Ratsabstinz von 1979 bis 1994 kehrte die FDP erst im Zuge der Abschaffung der Fünfprozentklausel bei den Kommunalwahlen 1999 wieder in den Rat zurück, obwohl sie in jenem Jahr ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt erzielte (1,8 %). Bei der 2004er Wahl konnte die Partei dann aufgrund eines deutlich verbesserten Ergebnisses von 3,8 % erneut in die kommunale Volksvertretung der Stadt Dortmund einzuziehen.

## Die GRÜNEN

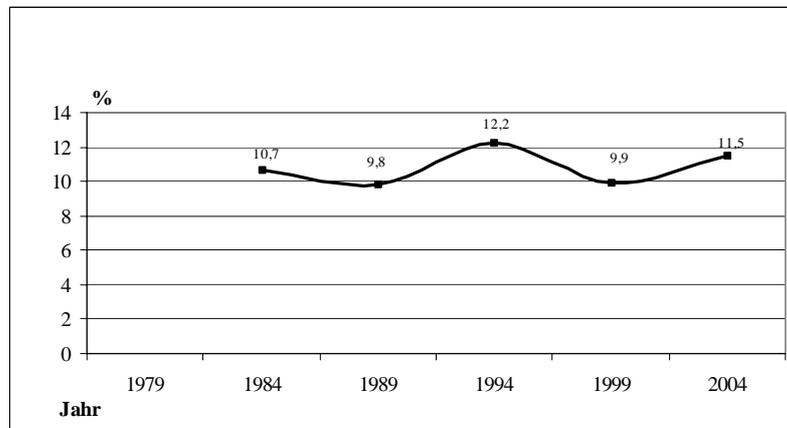
Der Aufstieg der GRÜNEN seit Ende der 70er Jahre ist primär auf die Thematisierung des Umweltschutzes zurückzuführen und wurde durch die Abschottung des damals etablierten Parteiensystems gegenüber den sich diesbezüglich neu artikulierenden Interessen in Teilen der Bevölkerung begünstigt. Ihre politischen Wurzeln haben die GRÜNEN in den Bewegungen für ökologische Aufklärung und gegen Atomkraftwerke, in Teilen der rebellierenden Studentengeneration von 1968 und allgemein in der Alternativkultur. Gerade die durch gemeinsame Projekte (Kulturzentren, Alternativzeitungen etc.) lose integrierte alternative Szene wurde zur organisatorischen Basis für die Gründung von bunten und GRÜNEN Kommunalwahl-Listen. Diesem Gründungshintergrund entsprechend enthielt die GRÜNE Programmatik neben ökologischen Zielsetzungen auch sozial-egalitäre, pazifistisch-neutrale und auf alternative Lebensformen gerichtete Positionen.<sup>19</sup>

In der Stadt Dortmund traten die GRÜNEN erstmals bei den Kommunalwahlen 1979 auf der politischen Landkarte auf (damals unter der Bezeichnung Bunte Liste). Ihren damaligen Stimmanteil von 2,8 % konnten sie bei der folgenden Wahl zur Stadtvertretung im Jahr 1984 mehr als verdreifachen (10,7 % Stimmenanteil/9 Sitze im Rat), nachdem sie 1983 auch schon in den Bundestag eingezogen waren. Auf diesem relativ hohen Niveau konnten sich die GRÜNEN bis zur letzten Kommunalwahl 2004 halten. Seit dieser Kommunalwahl koalieren sie zudem im Rat mit der SPD. Mit dieser erfolgreichen Entwicklung waren auch jene kritische Stimmen widerlegt, die anfangs behauptet hatten, die GRÜNEN seien nur eine Protestpartei und ihre Wahlerfolge nur der Ausdruck eines allgemeinen Trends des zunehmenden Rückgangs fester Parteibindungen. Überzeugender erscheint die schon oben angedeutete Interpretation, dass sich hinter dem Aufstieg der Partei ein neuer dauerhafter Strukturkonflikt in

<sup>19</sup> Vgl. allgemein zum Ursprung der GRÜNEN Helmut Wiesenthal: Die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen. Geschichte, Bedeutung, Programm und Willensbildung, in: von Alemann 1985, S. 146-150.

der Gesellschaft verbarg, der mit einem grundsätzlichen Wertewandel und einer zunehmenden Bedeutung postmaterieller Einstellungen in bestimmten Bevölkerungsgruppen einherging und der durch die GRÜNEN im Parteiensystem verankert wurde.<sup>20</sup>

Grafik 12 Stimmanteile der GRÜNEN bei den Kommunalwahlen 1984-2004



### Das radikale/extreme Parteienspektrum

Die Erfolgsaussichten für das radikale bzw. extreme Parteienspektrum in linker oder rechter Ausprägung waren über viele Jahre eher gering, was insbesondere auf die politischen Rahmenbedingungen in der alten Bundesrepublik zurückzuführen war. Durch die nationalsozialistische Vergangenheit und den Ost-West-Systemkonflikt war ein Zwang zur gemäßigten Mitte vorgegeben und die beiden Extreme des ideologischen Spektrums quasi zu Tabuzonen geworden. Juristisch untermauert wurde dieser gesellschaftspolitische Trend durch das Verbot der NS-orientierten Sozialistischen Reichspartei (SRP) im Jahre 1952 und der KPD (1956). Allerdings konnte gerade die KPD in Dortmund anfangs noch an ihre starke Position der Weimarer Zeit anknüpfen und beachtliche Erfolge verbuchen. Bei den Kommunalwahlen 1946, 1948 und 1952 konnte die Partei mit Stimmanteilen von 12,6 bzw. 11,8 und 6,0 % in den Rat einziehen. Bei der Landtagswahl 1947 erzielte sie im Dortmunder Stadtgebiet sogar ein Ergebnis von 22,9 %. Zum Niedergang der Kommunisten trug aber noch vor ihrem Verbot ihre vorbehaltlose Unterstützung der SED-Diktatur in der sowjetischen Zone bzw. ab 1949 in der DDR bei, was zu einer Isolierung von allen übrigen demokratischen Parteien und einer Entfremdung vom westdeutschen Wähler führte. An die Erfolge der KPD der 40er und frühen 50er Jahre konnten seitdem keine äußerst links orientierten Parteien (einschließlich der PDS) anknüpfen.

Auf der rechten Seite des politischen Radikalismus/Extremismus haben sich ebenfalls keine Parteien längerfristig auf nennenswertem Stimmenniveau etablieren können. Den bisher größten Wahlerfolg erzielten die Republikaner im Zuge der Asyldebatte Ende der 80er Jahre. Bei der Ratswahl 1989 konnten sie aufgrund eines Ergebnisses von 6,3 % mit fünf Sitzen in den Rat einziehen. Die Partei war allerdings nicht imstande, dieses Ergebnis zu wiederholen und fiel bei der Kommunalwahl 1994 auf 1,9 % zurück. Den Republikanern folgte im Rat 1999 allerdings die DVU, wenn auch mit deutlich niedrigerem Wählerzuspruch. Aufgrund des veränderten Wahlsystems standen ihr 1999 bei einem Stimmanteil von 2,0 % zwei Sitze im Rat zu. Bei der Kommunalwahl 2004 konnte sie dann mit einem Ergebnis von 3,1 % erneut in den Rat einziehen (diesmal mit drei Sitzen).

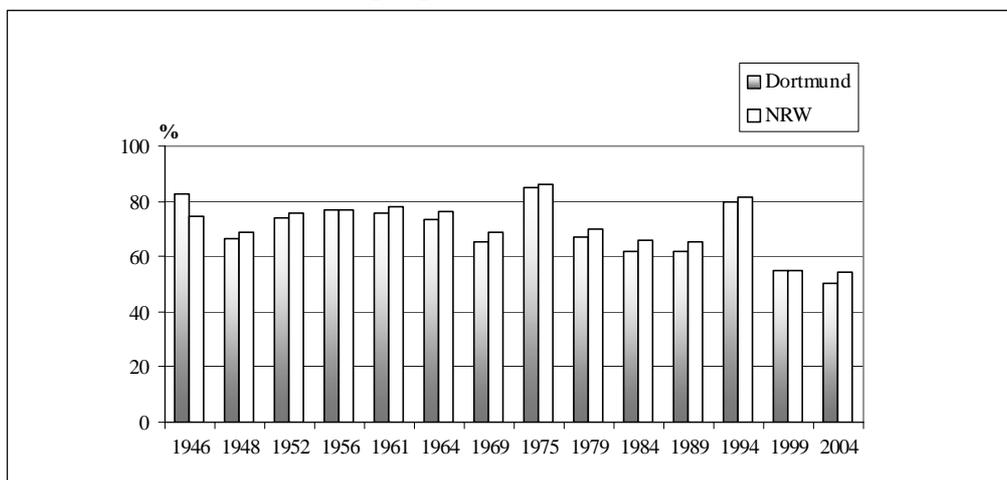
<sup>20</sup> Siehe Rainer-Olaf Schulze: Wahlverhalten und Parteiensystem, in: Hans-Georg Wehling: Wahlverhalten, Stuttgart u.a. 1991, S. 19.

## 6. Analyse des kommunalen Wahlverhaltens anhand ausgewählter Aspekte

### 6.1 Die Kommunalwahlergebnisse Dortmund und Gesamt-NRW

Auf kommunaler Ebene entstand im Land Nordrhein-Westfalen schon seit den ersten Nachkriegswahlen ein doppeltes und nahezu symmetrisches Parteiensystem, das sich in den Grundzügen bis zu den Wahlen 2004 gehalten hat. Dabei sind die SPD und die CDU die eindeutig bestimmenden Parteien, deren Stimmanteile auf Landesebene oft nicht weit auseinander lagen. Bei den Kommunalwahlen der Jahre 1952, 1969, 1975 und 1984 betrug die Differenz zwischen beiden Parteien gar weniger als ein Prozentpunkt der abgegebenen Stimmen. Signifikante Ausnahmen stellen die Kommunalwahlen der Jahre 1946, 1999 und 2004 dar, in welchen jeweils die CDU einen deutlichen Stimmenvorsprung gegenüber der SPD von 12,6 Prozentpunkten bzw. von 16,4 und 11,7 Prozentpunkten aufweisen konnte. Insgesamt erreichte die CDU auf das gesamte Landesgebiet bezogen bei Kommunalwahlen achtmal einen höheren Wählerzuspruch als die SPD. Umgekehrt gelang es der SPD sechsmal, die einfache Stimmenmehrheit bei den Kommunalwahlen in NRW zu erzielen. Dabei sind generell für die Dominanz der einen oder der anderen Volkspartei in den nordrhein-westfälischen Kommunen mehrere Faktoren wie etwa die Größe der Kommunen, die Kreiszugehörigkeit, die Erwerbsstruktur und der Industrialisierungsgrad sowie die Konfessionsstruktur entscheidend. Traditionell und zumindest in der Tendenz liegen die Hochburgen der CDU in eher ländlichen Gebieten mit hohem Katholikenanteil wie im Münsterland, im Raum Paderborn, im Sauerland und im südlichen und westlichen Teil des Rheinlandes sowie in katholisch dominierten Großstädten. Die SPD hingegen erzielt ihre besten Ergebnisse im Ruhrgebiet, in den überwiegend evangelischen Städten des Rheinlandes und im nördlichen Teil Ostwestfalens.<sup>21</sup>

Grafik 13: Die Wahlbeteiligung in Dortmund und Gesamt-NRW 1946-2004



#### Die Differenz zwischen den Dortmunder und den NRW-Parteiergebnissen

Die Stimmenanteile der Sozialdemokraten waren in Dortmund seit 1946 durchgehend höher als im Landesdurchschnitt. Gerade in den Wahlperioden, in denen sie eine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte (bei allen Wahlen zwischen 1956 und 1994) ist eine Differenz zum Landesergebnis der Partei von bis zu 15 Prozentpunkten zu

<sup>21</sup> Vgl. Andreas Kost: Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen, in: Hans Georg Wehling (Hrsg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern, Bonn 2003, S. 217 und Kuschke/Cryns 1989, S. 112.

konstatieren. Der Abstand zur zweitstärksten Partei im Dortmunder Rathaus, der CDU, betrug dabei oft weit über 20 Prozentpunkte.

Dies bedeutet umgekehrt, dass die kommunalen Wahlerfolge der CDU in Gesamt-NRW nicht den Parteiergebnissen in Dortmund entsprechen, wo die Partei durchweg unterdurchschnittlich abschnitt. Teilweise lag ihr Ergebnis in Dortmund deutlich über 10 Prozentpunkten unter dem Landesergebnis.

Auch die FDP erzielte in Dortmund bis auf die Kommunalwahl 1948 schlechtere Ergebnisse als in Gesamt-NRW (zwischen einem und drei Prozentpunkten).

Die GRÜNEN hingegen haben ähnlich wie die Sozialdemokraten günstigere Voraussetzungen in Dortmund. Der Parteienanteil an den abgegebenen Stimmen liegt hier immer zwischen 1,5 bis 3 Prozentpunkten über dem NRW-Ergebnis der Partei.

## **6.2 Das Dortmunder Wahlverhalten bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen**

Zwar steht in der vorliegenden historischen Wahlanalyse die kommunale Ebene im Mittelpunkt der Betrachtung, allerdings erscheint es wenig sinnvoll, das kommunale Wahlverhalten in Dortmund strikt isoliert zu betrachten. Ausgehend von der Annahme, dass das kommunale Wahlverhalten auch von den politischen Machtverhältnissen auf Bundes- und Landesebene beeinflusst wird, werden deshalb im Folgenden die Wechselwirkungen mit den anderen nationalen Wahlebenen untersucht.

### **Unterschiedliche Wahlbeteiligung auf den verschiedenen politischen Ebenen**

Grundsätzlich existiert bezüglich der Wahlbeteiligung auf den unterschiedlichen politischen Ebenen eine klare Rangfolge. Der Bürger unterscheidet also offensichtlich zwischen in seinen Augen wichtigen oder weniger wichtigen Wahlen. Bei den Wahlen in Dortmund weisen die Bundestagswahlen durchgängig die höchste Wahlbeteiligung aus. Bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 überstieg die Wahlbeteiligung gar die 90 %-Marke. Hinter der Bundesebene wiesen die Kommunalwahlen bis Ende der 60er Jahre die zweithöchste Wahlbeteiligung aus, während die Landtagswahlen die niedrigsten Wahlbeteiligungen aufwiesen. Ab Anfang der 70er Jahre änderte sich allerdings diese Rangfolge und es kristallisierte sich ein neues stabiles Muster heraus. Demnach stieg die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen an, während die Beteiligung an den Kommunalwahlen stark zurückging, so dass die Landtagswahlen nun eindeutig vor den Kommunalwahlen rangieren. Diese Entwicklung scheint nicht zuletzt ein Ausdruck des gestiegenen bundespolitischen Einflusses der Landtagswahlen zu sein, welcher wiederum auf die starke parteipolitische Polarisierung und die nun öfter gegensätzlichen Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat zurückzuführen ist<sup>22</sup>.

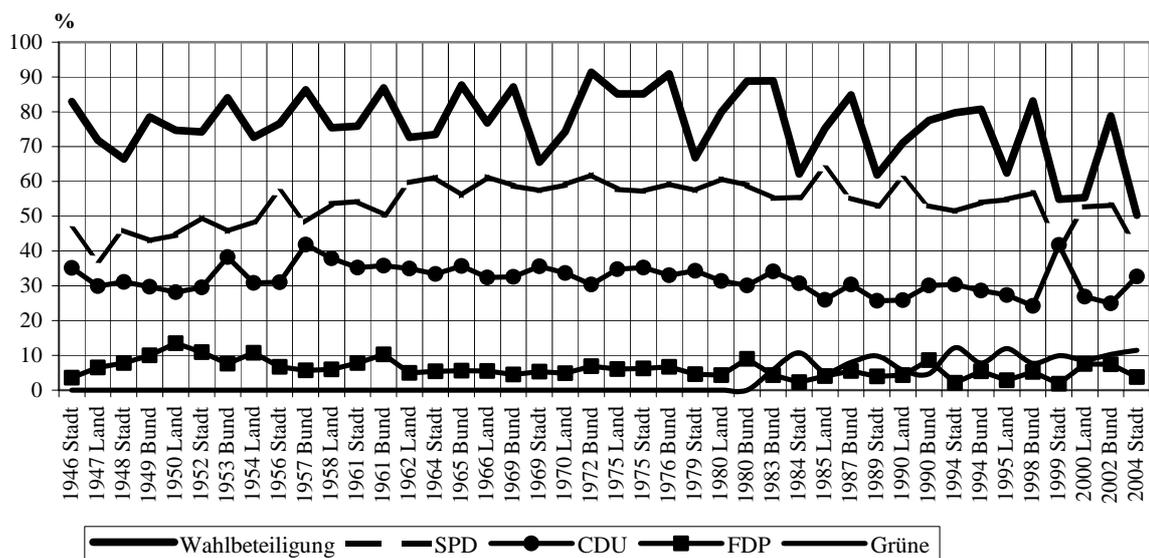
### **Wählermobilisierung, Regierungsbonus und Oppositionsbonus – Die Parteienergebnisse auf den verschiedenen politischen Ebenen**

---

<sup>22</sup> Vgl. Kuschke/Cryns 1989, S. 106.

Nicht nur die Wahlbeteiligung, auch die Parteienergebnisse unterscheiden sich je nach Wahl-ebene, stehen doch bei den verschiedenen Wahltypen sowohl verschiedene Sachbereiche im Mittelpunkt, als auch unterschiedliche politische Akteure zur Auswahl. Das bedeutet allerdings nicht, dass bei Kommunalwahlen grundsätzlich andere Mehrheitsverhältnisse entstehen bzw. bisher entstanden sind als bei Landtags- oder Bundestagswahlen. Aufgrund der unterschiedlichen Wahlbeteiligungen auf den verschiedenen politischen Ebenen ergeben sich jedoch (bei grundsätzlich gleichbleibender Tendenz) unterschiedlich hohe absolute Stimmenanteile der Parteien und Relationen zwischen den Parteien. Grob dargestellt bestehen folgende grundlegende Abhängigkeiten zwischen Wahlbeteiligung und Parteienergebnissen auf den unterschiedlichen Wahlebenen:

Grafik 14: Wahlbeteiligung und Stimmanteile auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene



Wer im Bund die Mehrheit hat, dem gelingt es i.d.R. nur bei Bundestagswahlen, seine Wähler stark zu mobilisieren. Dieser sog. „Regierungsbonus“ bringt dann folglich relativ gute Wahlergebnisse der Bundes-Regierungsparteien bei Bundestagswahlen mit sich. Für die CDU hatte dieser Zusammenhang relativ hohe Stimmenanteile bei den Bundestagswahlen zwischen 1953 und 1969 zur Folge, für die SPD zwischen 1969 und 1982. Seit Anfang der 80er Jahre lässt sich dieser Zusammenhang für beide Volksparteien allerdings nicht mehr in der vorher ausgeprägten Stärke nachweisen, obwohl die absoluten Stimmenanteile der CDU zwischen 1983 und 1998 und die der SPD bei der Wahl 2002 nach wie vor klar über den jeweiligen absoluten Stimmenanteilen bei den anderen Wahlebenen lagen.

Im Gegensatz zu den Regierungsparteien im Bund gelingt es den auf Bundesebene in Opposition stehenden Parteien, ihre Wähler auch bei den Wahlen auf den unteren politischen Ebenen zur Stimmabgabe zu motivieren. Weil die Wahlbeteiligungen auf Landes- und Kommunalebene auch aus dem Grund der mangelnden Wählermobilisierung der Regierungsparteien in Bonn bzw. Berlin unter derjenigen bei Bundestagswahlen liegen, profitieren die Oppositionsparteien im Bund mit prozentualen Gewinnen („Oppositionsbonus“). Insofern wurde der Aufstieg der SPD zur uneingeschränkt dominierenden Kraft auf kommunaler Ebene durch diesen Oppositionsbonus begünstigt. Mit diesem Phänomen verbunden, ist auch die aus demokratietheoretischen Überlegungen durchaus begrüßenswerte Möglichkeit, dass die Bundes-Oppositionsparteien in den Kommunal- und Landesparlamenten die Macht gewinnen, um dort

ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, was wiederum potentiell ihre Chancen erhöht, bei Bundestagswahlen den Regierungsauftrag vom Bürger zu erhalten.<sup>23</sup> Diese Entwicklung war vor den Bundestagswahlen der Jahre 1969, 1983 und 1998 zu beobachten. Grafik 14<sup>24</sup> zeigt, wie sehr die Wahlbeteiligung die Dortmunder Wahlergebnisse aufgrund der unterschiedlichen Mobilisierungseffekte beeinflusste. Dabei sind Beziehungszusammenhänge allerdings nicht nur zwischen den beiden großen Volksparteien auszumachen. So kam z.B. der „Regierungsbonus“ bei der Bundestagswahl 1980 der FDP zugute, bei der Bundestagswahl 2002 den GRÜNEN.

### 6.3 Grundzüge der wahlgeographischen Struktur

Im Folgenden wird die Untersuchungsebene Gesamt-Dortmund verlassen und versucht, aus einer kleinräumigen Perspektive die Entwicklung der geographischen Verteilung der Parteihochburgen in den Grundlinien darzustellen. Die kleinste Erhebungseinheit hinsichtlich der räumlichen Wahlanalyse bilden die Stimmbezirke, welche mehrere zusammenliegende Straßen umfassen und in deren Wahllokalen die wahlberechtigten Bürger ihre Stimmen abgeben können. Die Stimmbezirke werden ihrerseits zu Wahlbezirken zusammengefasst, welche bei Kommunalwahlen den Wahlkörper für die Vergabe eines Direktmandats darstellen. Als problematisch für eine Zeitreihenanalyse stellt sich dabei heraus, dass sich die Einteilung des Dortmunder Wahlgebiets aufgrund der dynamischen Bevölkerungsentwicklung gerade in den 50er Jahre häufig änderte, was einen korrekten räumlichen Vergleich erschwerte. Mit Abschluss der Gebietsreform 1975, in deren Rahmen das Dortmunder Stadtgebiet in 12 Stadtbezirke und 42 Kommunalwahlbezirke eingeteilt wurde, erübrigte sich diese Problematik allerdings weitestgehend. Lediglich vor der Kommunalwahl 1999 hatte die Zusammenlegung der Kommunalwahlbezirke 13, 14 und 15 im Stadtbezirk Eving zu den Wahlbezirken 13 und 14 eine Reduzierung der Wahlbezirke zur Folge. Aufgrund der vorher existenten Problematik wird aber bei der anschließenden Analyse der wahlgeographischen Struktur bis Ende der 60er Jahre auf die Ebene der statistischen Bezirke Bezug genommen.

Die SPD konnte seit den 40er Jahren zunächst annähernd gleichmäßig hohe Stimmenanteile im fast gesamten Stadtgebiet erzielen. Ausnahmen bildeten bei den ersten Kommunalwahlen allerdings noch Teile des Dortmunder Nordens wie z.B. die nördliche Innenstadt (KPD-Hochburg) und Lanstrop, wo man weit hinter den CDU-Ergebnissen zurücklag und auch hinter der KPD rangierte. Überhaupt hatte die SPD ihre besten Ergebnisse vorwiegend im Dortmunder Süden und Südwesten (Eichlinghofen, Wichlinghofen, Berghofen) sowie im Osten (Sölderholz, Wickede). Den Anfang der 50er Jahre einsetzenden Prozess der „Sozialdemokratisierung“ Dortmunds beschreibt Rainer Bovermann dann folgendermaßen: „Anhand der Zusammenfassung der statistischen Bezirke zu Stadtvierteln wurde deutlich, dass die SPD in Dortmund nach 1945 zunächst das kommunistische Berg- und Stahlarbeitermilieu im Norden gewann. Nachdem ihr das katholische Milieu zunächst verschlossen geblieben war, gelang in den 60er Jahren ein begrenzter Einbruch in das CDU-nahe katholische Bergarbeitermilieu im Westen und in das bürgerliche Milieu in der südlichen Innenstadt. Zu den sozialdemokratischen Hochburgen zählte jedoch nach wie vor das Traditionsmilieu im Dortmunder Süden und im Umfeld des Stahlstandortes Hörde.“<sup>25</sup> Bis 1969 hatten sich dementsprechend folgende statistische Bezirke mit durchgängig 50-70 % SPD-Stimmanteil als Stammburgen der Sozial-

---

<sup>23</sup> Vgl. Noeske 1996, S. 87 f.

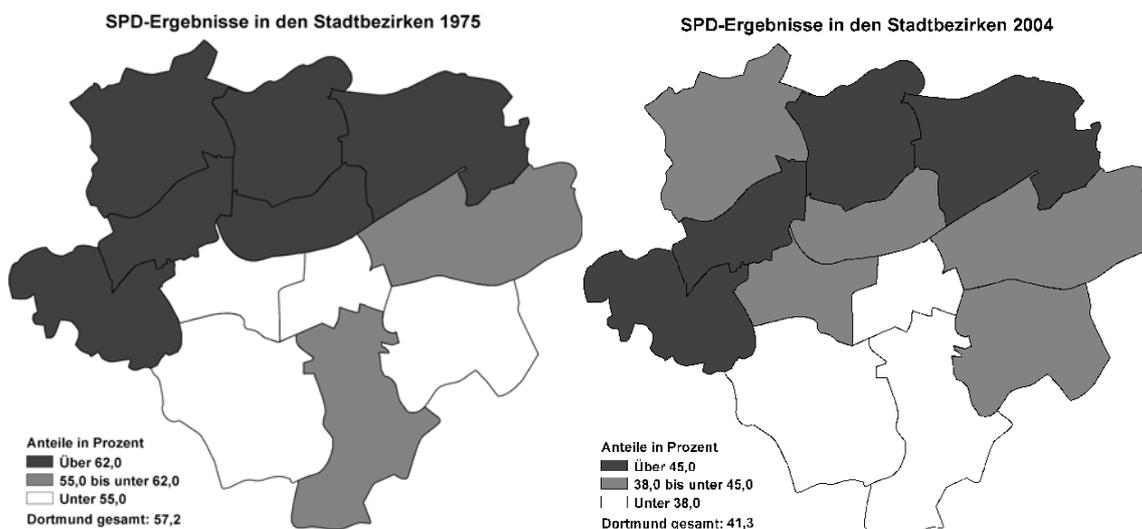
<sup>24</sup> Diese Abbildung ist eine Weiterführung der Grafik von Werner Noeske. Siehe bis zur LTW 1995 Noeske 1996, S. 88.

<sup>25</sup> Bovermann 1995, S. 252.

demokratie etabliert: Steinplatz, Nordmarkt, Borsigplatz, Dorstfelder Brücke, Hafen, Aplerbeck, Brackel, Derne, Dorstfeld, Eving, Hörde, Hombruch, Huckarde, Lütgendortmund, Marten, Mengede und Wellinghofen.

Auf den Aufwärtstrend der 50er und 60er Jahre folgte jedoch ein Abwärtstrend bei den (kleinräumigen) SPD-Ergebnissen. Die Partei hat in allen Wahlbezirken an Boden verloren, auch wenn dies zunächst weiterhin mit im Vergleich zu den anderen Parteien außerordentlich hohen Ergebnissen einherging und es ihr bei der Kommunalwahl 1989 erst- und einmalig gelang, alle Direktmandate auf sich zu vereinigen. Dennoch ist die Partei selbst in der extremen Hochburg Eving (insbesondere Wahlbezirk 14), wo die Partei noch 1994 einen Stimmenanteil von 70,4 % erzielen konnte, mittlerweile auf 51,5 % abgesunken. Überhaupt wiesen bei den zwei letzten Kommunalwahlen der Jahre 1999 und 2004 nur noch fünf bzw. zwei Wahlbezirke eine absolute SPD-Mehrheit auf. 1999 waren dies die Wahlbezirke 12 (Stadtbezirk Innenstadt-West), 13 und 14 (Eving), 38 (Huckarde) und 41 (Mengede). Bei der 2004er Wahl waren es die Wahlbezirke 14 (Eving) und 17 (Scharnhorst). Zum Vergleich: Bei den Kommunalwahlen 1979, 1984, 1989 und 1994 waren noch 34 bzw. 33, 30 und 27 Wahlbezirke durch eine absolute SPD-Mehrheit gekennzeichnet. Der kleinräumig aufgeführte Abwärtstrend der Sozialdemokratie darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die SPD-Kandidaten bei Kommunalwahlen nach wie vor in den meisten Wahlbezirken die Direktmandate aufgrund einer einfachen Stimmenmehrheit erhalten.

Grafiken 15 und 16: Kleinräumige SPD-Ergebnisse 1975 und 2004

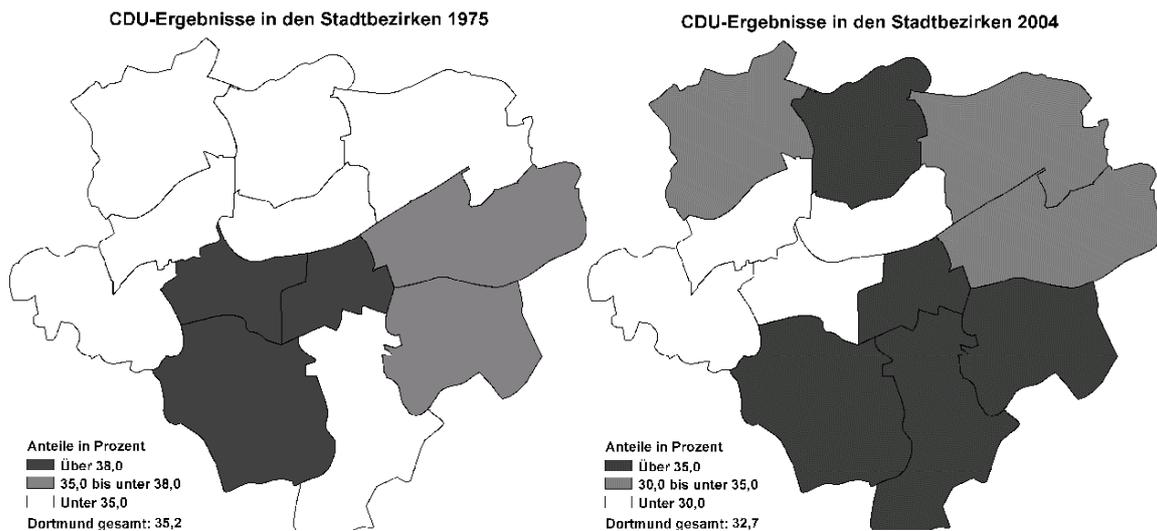


Insgesamt hat sich im Laufe der Zeit ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle der SPD-Ergebnisse herauskristallisiert, mit tendenziell hohen Ergebnissen in der Nordstadt und den nördlichen Vororten und eher schwächeren Ergebnissen im südlichen Stadtgebiet. Auf die Sozialstruktur der SPD-Wählerschaft bezogen, ergeben sich aufgrund der Verknüpfung mit den entsprechenden Strukturdaten folgende Tendenzen: Die Parteiergebnisse sind und waren insbesondere dort überdurchschnittlich, wo vor Ort der Anteil der Ausländer, der Arbeitslosen und der Arbeiter relativ hoch und der Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten relativ niedrig ist.

Im Vergleich zur SPD kann die Verteilung des Wählerpotentials der CDU über das Stadtgebiet bei den ersten Nachkriegskommunalwahlen als Flickenteppich bezeichnet werden. Dabei erwiesen sich anfangs insbesondere der Dortmunder Nordosten (Lanstop, Grevel, Husen-

Kurl), der Bereich Stadtmitte sowie die Bezirke Westfallenhalle, Schönau und Hombruch als Hochburgen der Union. Bei den ersten Kommunalwahlen wurden die CDU-Erfolge allerdings in einigen Stadtgebieten noch durch vereinzelte Zentrums-Hochburgen gedämpft. So erzielte die Zentrumspartei beispielsweise 1948 in Bodelschwingh-Westerfilde noch einen Stimmenanteil von über 17 %. Bis zur Gebietsreform 1975 hatten sich dann folgende statistische Bezirke als mittlere bzw. starke Dauer-Hochburgen der CDU herauskristallisiert: Stadtmitte mit Stimmanteilen über 50 %, Kaiserstraße (zwischen 37 und 44 %), Westfalendamm (zwischen 38 und 51 %), Ruhrallee (zwischen 40 und 49 %), Westfallenhalle (zwischen 45 und 49 %) sowie Tremonia (zwischen 41 und 45 %).

Grafiken 17 und 18: Kleinräumige CDU-Ergebnisse 1975 und 2004



Bezogen auf die Untersuchungseinheit Wahlbezirk konnte die CDU nach 1975 ihre besten Ergebnisse in den Wahlbezirken 5 bis 8 (Stadtbezirk Innenstadt-Ost), 9 und 10 (Innenstadt-West), 26 (Aplerbeck), sowie 30 (Hörde) und 31 (Hombruch) erzielen. Dabei gelang es den CDU-Kandidaten oftmals gerade in den Wahlbezirken 7, 10, 30 und 31 mit einfacher Stimmenmehrheit die Direktmandate zu erlangen.

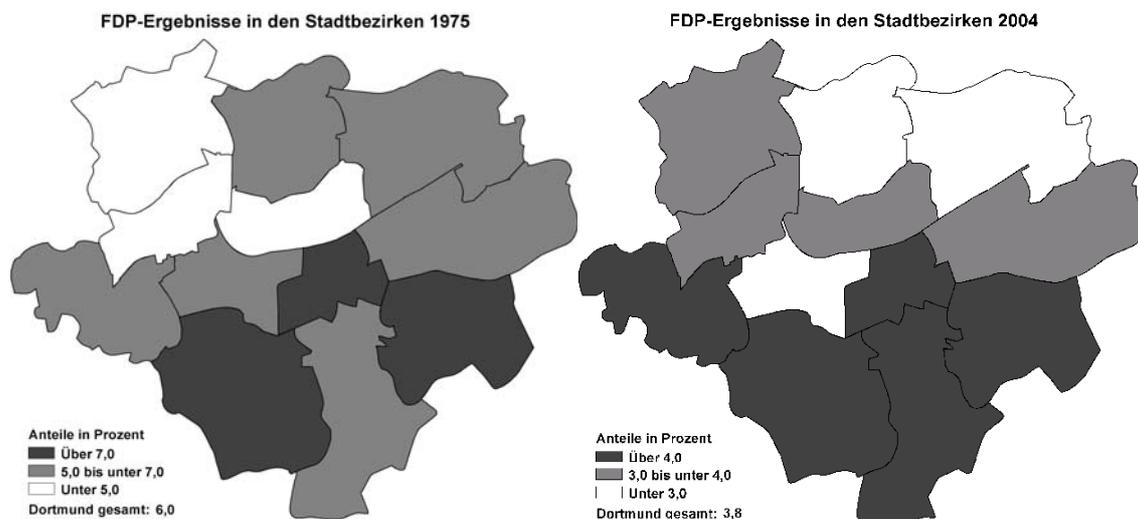
Die Bezirke, in denen die CDU gut bis sehr gut abschneidet, sind bzw. waren abgesehen von der bis hierher dargestellten geografischen Lage tendenziell durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Die Partei schneidet umso besser ab, je niedriger vor Ort die Anteilswerte der Ausländer, der Arbeitslosen und der Arbeiter sind, und je höher der Altenanteil, der Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten und der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser ist.

Die Hochburgen der Freien Demokraten waren von Beginn an hauptsächlich im Gebiet der Innenstadt angesiedelt, namentlich in den statistischen Bezirken Stadtmitte, Kaiserstraße, Westfalendamm, Ruhrallee und Westfallenhalle. Besonders am Beispiel der für die FDP außerordentlich erfolgreichen Kommunalwahl des Jahres 1952 (10,9 % in Gesamt-Dortmund, allerdings im Verbund mit der DP) wird deutlich, wie groß das Wählerpotential der Liberalen zeitweise in einigen Stadtgebieten war. So stimmten bei jener Wahl im statistischen Bezirk Stadtmitte 21,3 % der Wahlberechtigten für die FDP, im Bezirk Westfalendamm 29,4 %, im Bezirk Ruhrallee 25,6 % und im Bezirk Tremonia 22,0 %. In den statistischen Bezirken der Außenstadt schnitt die FDP bis 1969 allerdings (teilweise weit) unterdurchschnittlich ab. Noch im Durchschnitt (zwischen 5 und 10 %) lagen hierbei die Bezirke Aplerbeck, Brackel, Hombruch und Wellinghofen.

Bezogen auf die Wahlbezirkseinteilung seit 1975 befinden sich die FDP-Hochburgen bei insgesamt sinkendem Wählerzuspruch in den Bezirken 5 bis 8 (Innenstadt-Ost), 9 und 10 (Innenstadt-West), 24-26 (Aplerbeck), 30 (Hörde) und 31 (Hombruch). Seit 1979 auf Gesamtstadtebene unter die Fünfprozenthürde gefallen, blieben die Liberalen allerdings bei den Kommunalwahlen 1994 und 1999 sogar in ihren Hochburgen unter der 4 %-Marke.

Bezüglich der generellen Sozialstruktur in den FDP-Hochburgen lässt sich wie bei der CDU beobachten, dass die FDP-Ergebnisse insbesondere dort überdurchschnittlich sind, wo der Anteil der Ausländer, Arbeiter und Erwerbslosen eher niedrig ist und die Anteile der im Dienstleistungssektor Beschäftigten, der alten Menschen und der Ein- und Zweifamilienhäuser hoch sind.

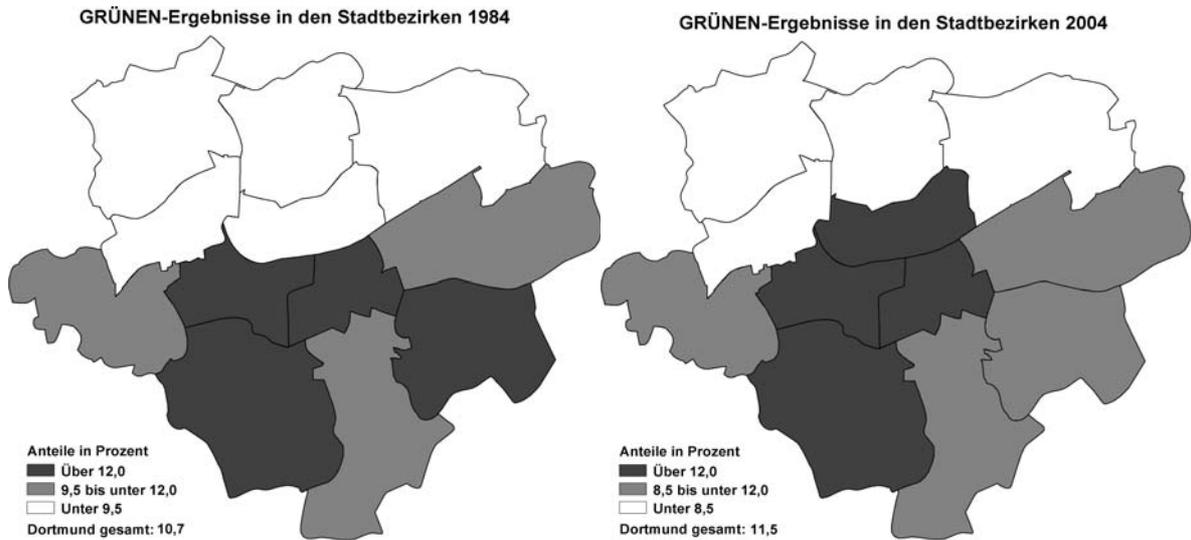
Grafiken 19 und 20: Kleinräumige FDP-Ergebnisse 1975 und 2004



Ebenso wie bei den Liberalen sind die Hochburgen der GRÜNEN von Beginn an hauptsächlich im Gebiet der Innenstadt auszumachen. Gerade in den Stadtbezirken Innenstadt-Ost (Wahlbezirke 5, 7, 8) und Innenstadt-West (9-11) konnte die Partei (zum Teil weit) überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Besonders die Wahlbezirke 10 und 11 ragen in diesem Kontext heraus, konnten die GRÜNEN doch hier seit der Kommunalwahl 1994 Stimmanteile von über 20 % verbuchen. Auch in der Innenstadt-Nord kann die Partei mit Ausnahme des Wahlbezirks 4 mittlerweile relativ hohe Ergebnisse erzielen, nachdem sie dort noch in den 80er Jahren eher durchschnittliche (1989) bis unterdurchschnittliche Ergebnisse (1984) erzielt hatte. Im Bereich der Außenstadt sind dauerhafte Hochburgen der GRÜNEN allerdings weniger aufzufinden. Eine Ausnahme bildet der Wahlbezirk 33 im Stadtbezirk Hombruch, wo die Stimmanteile der Partei durchgängig deutlich über dem Durchschnitt liegen.

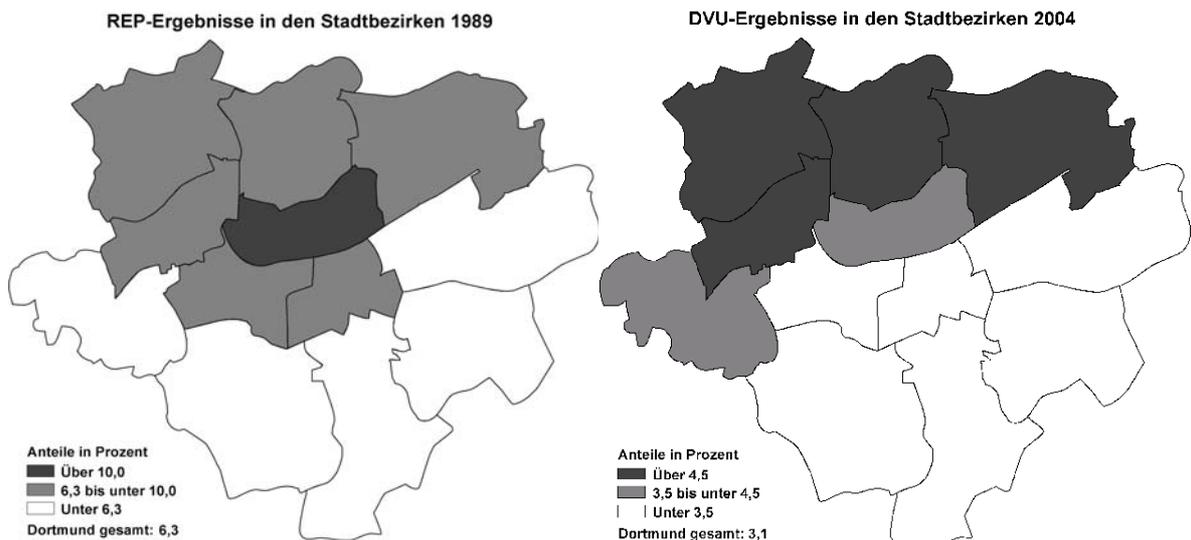
Sozialstrukturell betrachtet schneiden die GRÜNEN i.d.R. umso besser ab, je höher vor Ort der Anteil der Erwerbsfähigen (und je niedriger im Umkehrschluss der Anteil der Alten) und je höher der Anteil der Ausländer ist. Auch ist hinlänglich bekannt, dass sich die Wählerschaft der GRÜNEN zu großen Teilen aus der Studentenschaft zusammensetzt. So lässt sich wohl auch der hohe Anteil von GRÜNEN-Wählern im Wahlbezirk 33 erklären, befinden sich in diesem doch aufgrund der Universitätsnähe viele Wohnmöglichkeiten (Studentenwohnheime) für diese Bevölkerungsgruppe.

## Grafiken 21 und 22: Kleinräumige GRÜNEN-Ergebnisse 1984 und 2004



Bezüglich der räumlichen Ergebnisse der rechtsradikalen Parteien ist festzustellen, dass sich ihre Hochburgen insbesondere in der Innenstadt-Nord befinden. Dort gelang es z.B. den Republikanern bei der Kommunalwahl 1989 um die 11 % der Stimmen auf sich zu vereinigen. Wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau ist die nördliche Innenstadt auch bei den Kommunalwahlen 1999 (sehr stark) und 2004 (nur knapp über dem Gesamtstadtdurchschnitt) als Hochburg der DVU auszumachen. Ferner konnte die DVU bei den genannten Kommunalwahlen z.T. weit überdurchschnittliche Ergebnisse auch in den Stadtbezirken Eving, Scharnhorst, Lütgendortmund, Huckarde und Mengede erzielen.

## Grafiken 23 und 24: Kleinräumige Ergebnisse von Republikanern (1984) und DVU (2004)



## 6.4 Die Wahlbeteiligung

Neben den einzelnen Ergebnissen für die kandidierenden Parteien stellt ein wichtiges Element der Wahlanalyse auch die Wahlbeteiligung dar. Bevor aber weiter unten näher auf die Wahlbeteiligung bei Dortmunder Kommunalwahlen eingegangen wird, soll im Folgenden erst einmal die generelle Bedeutung der Partizipation der Bürger an politischen Wahlen diskutiert werden.

### Wahlbeteiligung – Ein Gradmesser für eine funktionierende Demokratie?

Grundsätzlich stehen sich bei der Bewertung der Höhe der Wahlbeteiligung zwei gegensätzliche Theorien gegenüber. Aus einer funktional-pragmatischen Sicht wird die Wahl als Mittel zum Zweck angesehen. Die Hauptfunktion der Wahlen liegt hiernach in der Machtzuweisung. Zur Herstellung von Regierungsmehrheiten sei aber eine hohe Wahlbeteiligung oder gar eine totale Mobilisierung nicht nötig. Nach dieser Sicht geht es also nicht um ein *Maximum*, sondern um ein *Optimum* an Beteiligung. Aus einer idealistischen Sicht wird das politische System demgegenüber nicht nach seiner Leistungsfähigkeit beurteilt, sondern nach den einfließenden Willensäußerungen und artikulierten Interessen. Demnach sei ein *Maximum* an Wählerbeteiligung anzustreben – nur dann würde die gewählte Volksvertretung die Interessen der gesamten Bürgerschaft widerspiegeln.<sup>26</sup>

### Drei Typen von Nichtwählern

Die Gründe für die Nichtteilnahme an den Wahlen sind vielfältig und reichen von Krankheits- und Todesfällen bis zur allgemeinen Politikverdrossenheit. Betrachtet man alle denkbaren und realistischen Erklärungen für die Wahlabstinenz, so lässt sich die Gruppe der Nichtwähler grob in drei Untergruppen aufteilen<sup>27</sup>:

1. Die erste Gruppe kann als die „unechten Nichtwähler“ bezeichnet werden. Hierbei handelt es sich um willige Wähler, die aus stichhaltigen Gründen den Wahlakt nicht vollziehen können. Darunter fallen etwa kurzfristig schwer erkrankte Personen sowie kurz vor der Wahl Verzogene oder Verstorbene, die gleichwohl noch in den Wählerverzeichnissen eingetragen sind. Selbst bei einer „Total-Mobilisierung“ der gesamten Wählerschaft muss demnach immer mit einer Nichtbeteiligungsquote von bis zu 5 % gerechnet werden.

2. Die zweite Gruppe bilden die „Dauer-Nichtwähler“, welche sich grundsätzlich an keinen Wahlen beteiligen. Beispiele hierfür sind etwa Menschen mit überhaupt gar keinem Interesse am politischen Geschehen, aber auch Bürger mit links- oder rechtsextremistischer politischer Gesinnung, welche dem System der repräsentativen, liberalen Demokratie feindlich gegenüberstehen und durch ihre Nichtteilnahme ihre Ablehnung dem System gegenüber ausdrücken. Eine Sondergruppe bilden im Kontext der dauerhaften Wahlabstinenz auch die Zeugen Jehovas (immerhin knapp 1 % der wahlberechtigten Bevölkerung), welche ihren Mitgliedern die Enthaltung vom aktiven und passiven Wahlrecht vorschreiben.

---

<sup>26</sup> Vgl. Michael Eilfort: Die Nichtwähler, in: Wehling 1991, S. 225.

<sup>27</sup> Siehe zu den folgenden Ausführungen ebd., S. 226 f.

3. Die dritte Kategorie bilden schließlich die „konjunkturellen Nichtwähler“, deren Wahlverhalten die potentiell größten politischen Auswirkungen hat. Denn während bei der ersten Gruppe die Anhängerschaften von allen Parteien betroffen sind und es sich bei der zweiten Gruppe nur um eine sehr begrenzte Anzahl von Personen handelt, ist die Gruppe der konjunkturellen Nichtwähler zahlenmäßig am größten und im Gegensatz zu den Dauer-Nichtwählern, deren ständige Wahlabstinenz für keine Veränderungen von Wahl zu Wahl sorgt, unberechenbar. Zu den konjunkturellen Nichtwählern gehören z.B. diejenigen Personen, welchen Landtags-, Kommunal- oder Europawahlen als weniger wichtig erscheinen, solche die aus reiner Bequemlichkeit bei einzelnen Wahlen ihr Wahlrecht nicht ausüben oder solche, die annehmen, dass der Ausgang der Wahl sowieso schon entschieden oder bedeutungslos sei.

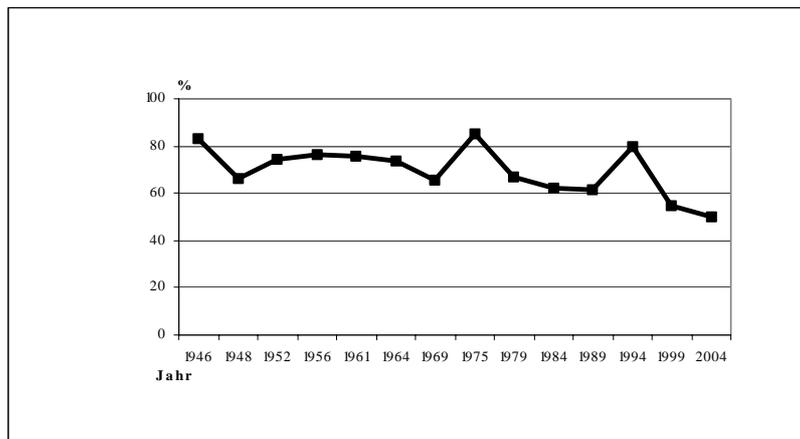
### **Politikverdrossenheit als Hauptursache sinkender Wahlbeteiligung**

Der bedeutendste Grund für die Wahlabstinenz ist - zumindest bei den „konjunkturellen Nichtwählern“ - neben den schon aufgeführten Erklärungen in der Tendenz zu einer allgemeinen Politikverdrossenheit in den betreffenden Bevölkerungsteilen zu sehen. Welche Faktoren tragen aber konkret zur steigenden Unzufriedenheit und dem wachsenden Desinteresse größerer Teile der Bürger bei? Grundsätzlich muss diesbezüglich konstatiert werden, dass die Politikverdrossenheit eng mit einer Parteienverdrossenheit zusammenhängt. Zwar akzeptieren die „verdrossenen“ Bürger die Spielregeln der freiheitlich-demokratischen Grundordnung grundsätzlich, allerdings werden den handelnden Akteuren im System, also im Wesentlichen den Parteien, vielfältige Defizite zugeschrieben. So wächst die Skepsis der Bürger gegenüber der Entscheidungskompetenz der Parteien und ihrer prominenten Repräsentanten stetig an, weil sie scheinbar oft nicht in der Lage sind, konkrete Problembewältigungsstrategien für drängende aktuelle Fragen bieten zu können. Neben dem Problemlösungsdefizit tragen zum schlechten Bild der Parteien in der Öffentlichkeit aber auch die von Zeit zu Zeit publik werdenden Korruptions- oder Parteienfinanzierungsskandale bei, welche die Entfremdung zwischen den Parteien und den Wählern bzw. Nichtwählern noch vergrößert.

### **Sinkende Wahlbeteiligung in Dortmund**

Wie schon an anderer Stelle festgestellt, ist die Wahlbeteiligung bei den Dortmunder Kommunalwahlen durch einen eindeutigen Abwärtstrend gekennzeichnet. Der Rückgang der Wahlbeteiligung verläuft dabei in gewisser Weise parallel zur ökonomischen Entwicklung der Stadt und damit auch insbesondere zur zunehmend schwierigeren Situation auf dem Arbeitsmarkt. Somit könnte in Anlehnung an die vorhin aufgestellte These von der Politik- und Parteienverdrossenheit als Hauptursache sinkender Wahlbeteiligung spekuliert werden, dass die steigende Wahlenthaltung in Dortmund auch eine Reaktion der Bürger auf eine verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der politischen Eliten darstellt. Dass eine solche potentielle Ursache sinkender Wahlbeteiligung allerdings nicht in erster Linie den politischen Entscheidungsträgern der Stadt Dortmund angelastet werden kann, liegt auf der Hand. Die ähnlichen Entwicklungen der Wahlbeteiligung in anderen deutschen Großstädten sind ein Hinweis darauf, dass hier überregionale Tendenzen vorliegen, die vor allem auf Einflüsse der Bundespolitik zurückzuführen sind, welche aber gleichwohl auch auf das kommunale Wahlverhalten Wirkung entfalten.

Grafik 25: Die Wahlbeteiligung bei Dortmunder Kommunalwahlen 1946 -2004



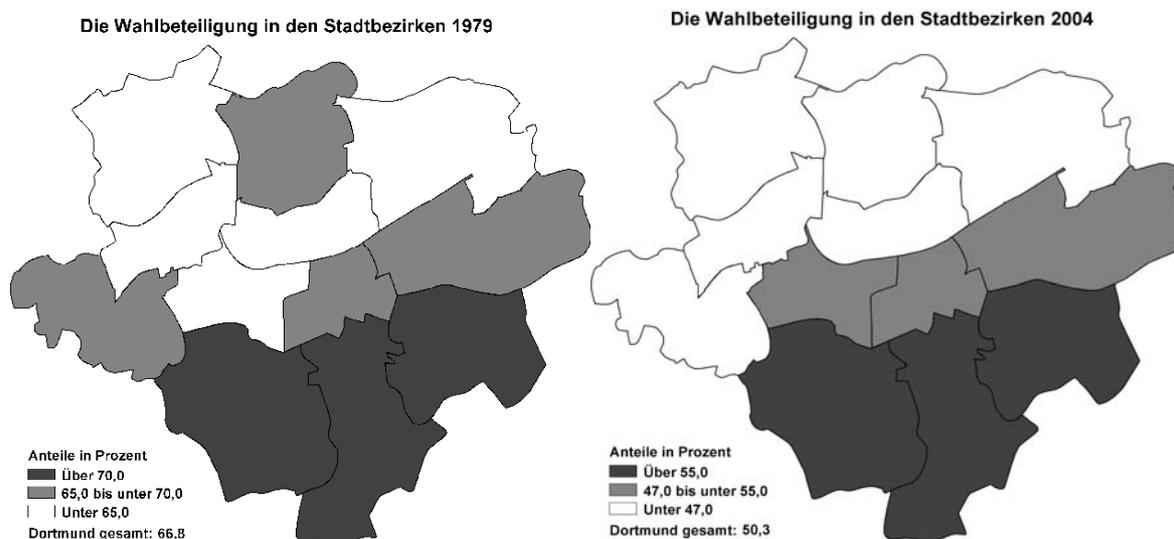
Die außerordentlich hohe Wahlbeteiligung der Dortmunder Bürger bei den ersten Kommunalwahlen 1946 mit 82,9 % ist wohl noch darauf zurückzuführen, dass diese nach den 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur überhaupt die erste Möglichkeit darstellten, am Prozess der politischen Willensbildung zu partizipieren. Zudem könnte auch vermutet werden, dass die Bevölkerung angesichts der deutschlandweiten Unklarheit über die zukünftigen politischen Strukturen im Staat den alliierten Besatzern ihre Bereitschaft zur Unterstützung demokratischer Entscheidungsprozesse demonstrieren wollte. Seit der Kommunalwahl von 1969 lag die Wahlbeteiligung allerdings stets unter 70 % der Wahlberechtigten, sofern nicht, wie 1975 und 1994, gleichzeitig auch Landtags- bzw. Bundestagswahlen stattfanden. Bei den Kommunalwahlen 2004 wurde mit einer Wahlbeteiligung von nur 50,3 % ein neuer historischer Tiefstwert erreicht, der im negativen Sinne nur noch von der entsprechenden Quote bei den Europawahlen „übertroffen“ wird (zuletzt 38,3 % im Juni 2004).

### Unterschiedliche Wahlbeteiligung im Dortmunder Stadtgebiet

Das Niveau der Wahlbeteiligung im Dortmunder Wahlgebiet stellt sich im kleinräumigen Zeitvergleich keineswegs als mehr oder wenig gleich hoch heraus. Vielmehr sind deutliche Unterschiede festzustellen, wie viele Bürger in welchen Kommunalwahlbezirken ihr Wahlrecht ausüb(t)en. Im Folgenden wird allerdings aufgrund der schwierigen Vergleichbarkeit der Ergebnisse in den Wahlbezirken vor und nach der Gebietsreform von 1975 nur auf die Entwicklung seit der Kommunalwahl in jenem Jahr Bezug genommen.

Zunächst einmal ist hierbei festzustellen, dass der auf die Gesamtstadt bezogene Befund einer rückläufigen Wahlbeteiligung auch für die kleinräumige Betrachtung gilt. In allen 12 Stadtbezirken und 41 bzw. 42 Kommunalwahlbezirken ist ein – allerdings unterschiedlich starker - Rückgang der Beteiligung an den Kommunalwahlen auszumachen. Grob gesehen ist hierbei in den letzten dreißig Jahren ein gewisses *Nord-Süd-Gefälle* zu beobachten. Hinter dieser zunächst einmal nichtssagenden geografischen Differenzierung verbergen sich allerdings klar voneinander abgrenzbare Rahmenbedingungen. So sind die Wahlbezirke mit einer hohen Wahlbeteiligung beispielsweise durch einen vergleichsweise hohen Anteil älterer Menschen und den höheren Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern gekennzeichnet, wohingegen in den Wahlbezirken mit niedriger Wahlbeteiligung hohe Minderjährigenanteile, hohe Ausländeranteile und hohe Arbeitslosenquoten zu beobachten sind.

Grafiken 26 und 27: Die Wahlbeteiligung in den Stadtbezirken 1979 und 2004



Kommunalwahlbezirke mit durchweg überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung befinden sich insbesondere in den Stadtbezirken Aplerbeck, Brackel, Hörde (Kommunalwahlbezirke 29 und 30) und Hombruch, aber auch in Teilen der Innenstadt Ost (Kommunalwahlbezirke 6-8) und Innenstadt-West (Kommunalwahlbezirk 9). Gerade in den Kommunalwahlbezirken 30 und 31 lag die Wahlbeteiligungsquote bei den letzten Wahlen um die 10-15 Prozentpunkte über dem Stadtdurchschnitt. Im Vergleich zu den Kommunalwahlbezirken mit den niedrigsten Beteiligungsquoten war die Wahlbeteiligung in diesen Bezirken um die 100 % höher.

Unterdurchschnittliche Wahlbeteiligungen (z.T. allerdings nur geringfügige) weisen demgegenüber die übrigen Stadtbezirke Innenstadt-Nord, Eving, Scharnhorst, Lütgendortmund, Hückarde und Mengede auf. Besonders dramatisch ist die Entwicklung der Wahlbeteiligung im Bezirk Innenstadt-Nord. Im dortigen Kommunalwahlbezirk 3 betrug der Anteil der Wähler schon bei der Kommunalwahl 1984 nur noch 50,3 % und war damit also schon vor 20 Jahren auf dem niedrigen Niveau Gesamt-Dortmunds bei der letzten Wahl vom September 2004. Seit 1999 nahmen in dem genannten Wahlbezirk gar weniger als ein Drittel der Wahlberechtigten ihr Recht zur Stimmabgabe bei Kommunalwahlen wahr (1999: 31,7 % und 2004: 30,1 %). Aber auch in den Wahlbezirken 1, 2 und 4 (Innenstadt-Nord), 11 (Innenstadt-West), 14 (Eving), 18 (Scharnhorst), 27 und 28 (Hörde), 35 und 36 (Lütgendortmund), sowie 40 und 41 (Mengede) gaben bei den letzten zwei aufeinanderfolgenden Kommunalwahlen jeweils weniger als 50 % der wahlberechtigten Bevölkerung eine Stimme ab.

## 6.5 Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

Repräsentativ nach Alter und Geschlecht ausgezählte Wahlergebnisse in ausgewählten Wahl- bzw. Stimmbezirken sind ein Spezifikum der bundesdeutschen amtlichen Wahlstatistik. Die besondere Bedeutung dieser Sonderauszählungen ist darauf zurückzuführen, dass sie als einziger Datentyp tatsächliches Wählerverhalten abbildet. Denn Aggregatdaten erlauben i.d.R. keinen Rückschluss auf individuelles Wahlverhalten und Umfragen ermitteln in erster Linie nur Verhaltensabsichten. Ziel einer Auswertung der Wahlergebnisse von Sonderbezirken, in

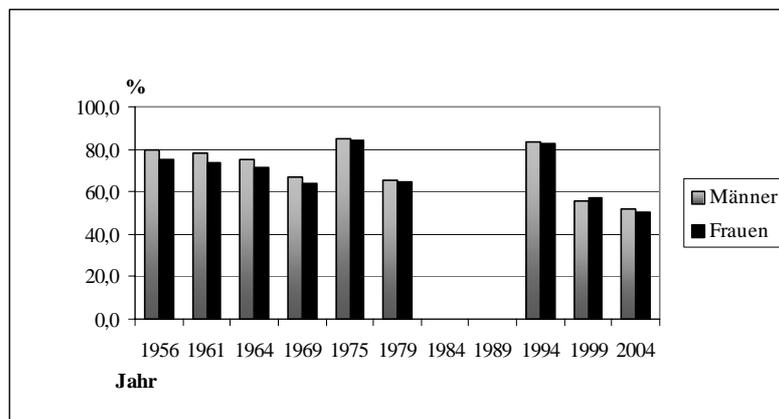
denen differenzierend nach Alter und Geschlecht gewählt wird, ist es, Zusammenhänge zu erkennen, welche nicht nur für diese Sonderbezirke, sondern für das gesamte Stadtgebiet Gültigkeit besitzen. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Sonderbezirke so ausgewählt werden, dass die in ihnen zu ermittelnden Ergebnisse auch wirklich repräsentativ für das gesamte Wahlgebiet sind.<sup>28</sup>

## Die Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

Bezüglich der Wahlbeteiligung nach dem Alter lässt sich im Laufe der Zeit ein stabiles Muster ausmachen: Die Wahlbeteiligungsquote steigt mit zunehmenden Alter, erreicht bei den 50-70-Jährigen ihr Maximum und fällt danach wieder leicht ab. Die jeweils jüngste Altersgruppe (1975 und 1999 Änderungen aufgrund des herabgesetzten Wahlalters) fällt hierbei allerdings aus dem Schema. Wohl wegen des Interesses am ersten Wahlgang und noch unter dem Einfluss des Elternhauses ist hier die Wahlbeteiligung im Regelfall höher als bei den darauffolgenden Altersgruppen der 21-25-Jährigen und 25-30-Jährigen.

Hinsichtlich der Wahlbeteiligung nach Geschlecht hat sich das Wahlverhalten im Laufe der Zeit allerdings gewandelt. Lag noch in den 50er und 60er Jahren die Wahlbeteiligung bei den Männern um die 3-4 Prozentpunkte über der Beteiligungsquote der Frauen, so existieren seit den 70er Jahren nur noch geringe bis gar keine Unterschiede mehr. Bei der Kommunalwahl 1999 war die Wahlbeteiligung bei den Frauen gar höher als bei den Männern (56,8 % gegenüber 55,9 %). Bemerkbar macht sich hier offensichtlich auch der Einfluss der Folgen des sozio-ökonomischen Strukturwandels. Die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen ging dabei scheinbar mit einer stärkeren „Politisierung“ des weiblichen Geschlechts einher.

Grafik 28: Die Wahlbeteiligung bei Männern und Frauen



## Die Parteienergebnisse nach Altersgruppen und Geschlecht

Nach Geschlecht betrachtet sind über die Zeit folgende Strukturen und Tendenzen zu beobachten. Noch in den 50er und 60er Jahren lag der Anteil der SPD-Wähler bei den Männern um die 6-8 Prozentpunkte über dem Anteil der SPD-Wählerinnen bei den Frauen. Seit Ende der 70er Jahre hat sich dieses Wahlverhalten allerdings immer mehr angeglichen. Offensichtlich aufgrund der zunehmenden Berufstätigkeit der Frauen hat sich hier eine erhöhte weibliche

<sup>28</sup> Vgl. zur Bedeutung und den Voraussetzungen der repräsentativen Wahlstatistik Ulrich Eith: Alters- und geschlechtsspezifisches Wahlverhalten, in: Wehling 1991, S. 166 f.

che Parteineigung zur SPD ergeben. Bei der letzten Kommunalwahl 2004 lag der Anteil der weiblichen SPD-Wählerinnen gar über dem Anteil der männlichen SPD-Wähler (44,7 % gegenüber 41,7 %).

Tabelle 3: Parteienergebnisse nach Altersgruppen und Geschlecht 1956

Altersgruppen	SPD		CDU		FDP	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
21 bis u. 30	61,2	54,1	26,5	33,8	6,1	6,4
30 bis u. 40	60,4	53,6	26,1	33,3	6,7	7,1
40 bis u. 60	57,4	52,1	27,4	34,2	7,6	7,1
über 60	53,8	46,4	32,9	40,6	7,1	6,6
zusammen	57,8	51,4	28,2	35,4	7,1	6,9

Umgekehrt lag der Anteil der weiblichen CDU-Wählerinnen lange Zeit sehr deutlich über dem prozentualen Anteil der männlichen CDU-Wähler (bei der Kommunalwahl 1961 betrug die Differenz z.B. ganze 9 Prozentpunkte). Auch hier ist jedoch seit den 70er Jahren ein Prozess der Angleichung festzustellen. Bei den beiden letzten Kommunalwahlen betrug die Abweichung nur noch weniger als einen Prozentpunkt.

Hinsichtlich einer Wahlentscheidung für die FDP weist das geschlechtsspezifische Wahlverhalten im beobachteten Zeitraum keine gravierenden Unterschiede auf. Auch die prozentualen Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen GRÜNEN-Wählern weichen nicht wesentlich voneinander ab. Dennoch ist hier – wenn auch auf eher niedrigem Niveau - eine Trendwende zu beobachten. Während die Männer noch in den 80er Jahren relativ mehr die GRÜNEN wählten, hat sich dieses Verhältnis seit den 90er Jahren umgekehrt.

Bezüglich der Wahl von politischen Gruppierungen des rechten Parteienspektrums ist das nach Geschlecht betrachtete Wahlverhalten allerdings durch deutliche Unterschiede gekennzeichnet. Bei den für die entsprechenden Parteien erfolgreichen Kommunalwahlen 1984, 1999 und 2004 lag der prozentuale Anteil von Republikaner- (1984) bzw. DVU-Wählern bei den Männern deutlich über dem entsprechenden Anteil bei den Frauen.

Tabelle 4: Parteienergebnisse nach Altersgruppen und Geschlecht 1979

Altersgruppen	SPD		CDU		FDP	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
18 bis 25	62,2	60,6	18,1	22,8	4,2	3,8
25 bis 30	61,0	62,0	22,6	25,2	4,1	4,9
35 bis 45	59,0	58,9	33,4	32,5	3,8	5,3
45 bis 60	57,7	57,5	34,6	35,6	4,4	4,6
über 60	55,4	56,3	38,6	39,2	3,2	2,9
zusammen	58,3	58,1	32,0	34,2	3,9	4,1

Nach Alter betrachtet ist zunächst einmal bezüglich der SPD ein über die Zeit deutlich verändertes Wahlverhalten festzustellen. Während noch in den 50er, 60er und 70er Jahren der Anteil der SPD-Wähler (sowohl bei Männern als auch bei Frauen) mit zunehmendem Alter ge-

sunken ist, ist seit der Kommunalwahl 1984 ein genau entgegengesetztes Wählerverhalten beobachtbar: Der SPD-Wähleranteil in den jeweiligen Altersgruppen wächst bei Männern und Frauen mit dem Alter an.

Hinsichtlich einer Wahlenentscheidung für die Union ist das Wahlverhalten nach Alter über den beobachteten Zeitraum im Gegensatz zur SPD durch eine durchgängige Tendenz gekennzeichnet. In den untersuchten Altersgruppen steigt der Anteil der CDU-Wähler mit zunehmenden Alter. Insbesondere die Gruppe der über 60-Jährigen Frauen ist hierbei im Vergleich zu den entsprechenden Gesamtergebnissen immer durch einen außerordentlich hohen Anteil an CDU-Wählerinnen geprägt.

Tabelle 5: Parteienergebnisse nach Altersgruppen und Geschlecht 2004

Altersgruppen	SPD		CDU		FDP		GRÜNEN		DVU	
	Männer	Frauen								
16 bis 25	39,8	38,2	23,1	23,7	3,5	5,6	14,8	19,1	8,8	5,9
25 bis 30	36,7	37,9	22,4	24,1	7,6	4,6	17,0	21,8	6,7	2,2
35 bis 45	36,8	41,0	27,0	24,4	4,6	3,1	18,8	20,3	3,8	3,0
45 bis 60	43,9	45,1	28,1	29,3	3,1	3,8	10,9	12,6	3,3	1,4
über 60	45,3	49,8	40,4	39,9	2,5	2,0	2,8	2,9	2,1	1,0
zusammen	41,7	44,7	30,6	31,2	3,8	3,3	11,0	12,0	4,0	2,0

Wie bei der SPD sind auch die Ergebnisse der FDP durch eine (allerdings entgegengesetzte) Trendwende gekennzeichnet. Stieg der Anteil liberaler Wähler und Wählerinnen noch in den 50er und 60er Jahren mit dem Alter leicht an, um dann bei den über 60-Jährigen wieder leicht zu sinken, ist das Verhältnis seit der Kommunalwahl 1969 tendenziell umgekehrt. Mit zunehmenden Alter sinkt der Anteil der FDP-Wähler sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen.

Bei der nach Altersgruppen differenzierten Wahlentscheidung für die GRÜNEN ist über die Jahre ein stabiles Muster erkennbar. Der schon sehr hohe Anteil an GRÜNEN-Wählern in der jüngsten Altersgruppe der 16 bzw. 18 bis 25-Jährigen wird von der Gruppe der 25-35-Jährigen noch übertroffen. In der folgenden Altersgruppe der 35-45-Jährigen kann der hohe Anteil (seit den 1990er Jahren, nicht aber vorher) noch gehalten werden, um danach massiv abzufallen.

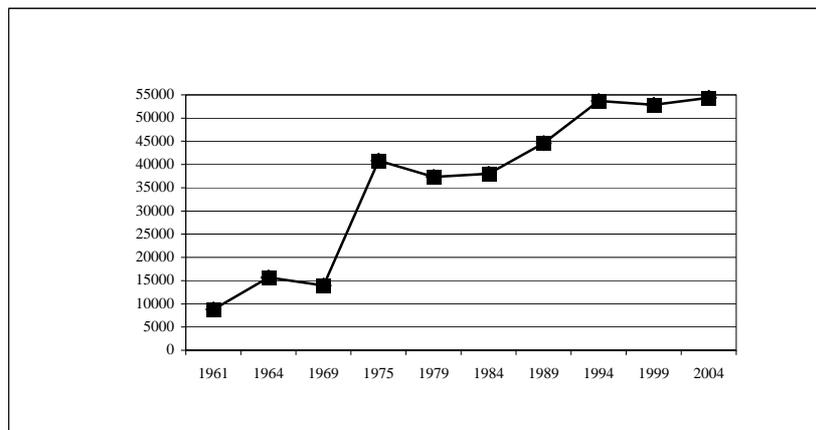
Signifikantes Merkmal des nach Alter unterschiedenen Wählerpotentials des rechten Parteienspektrums ist, dass hier der Republikaner- bzw. DVU-Anteil bei der jüngsten Wählergruppe der 16 bzw. 18 bis 25-Jährigen (gerade bei den Männern) am größten war bzw. ist und danach stetig sinkt. Bei der Kommunalwahl 1999 betrug der Anteil der (männlichen) DVU-Wähler in der genannten Altersgruppe gar knapp 10 %.

## 6.6 Die Briefwahl

### Anstieg des Briefwähleranteils

Einen weiteren nicht unwichtigen Aspekt des Dortmunder Wahlverhaltens stellt die Briefwahl dar. Durch die Beantragung eines Wahlscheins hat der Bürger die Möglichkeit, seine Stimme vor der Wahl per Brief abzugeben. Grafik 28 über die Anzahl der bei Dortmunder Kommunalwahlen ausgestellten Wahlscheine bietet einen Überblick über die generelle Entwicklung, wie viele Bürger bei den jeweiligen Wahlen per Briefwahl ihre Stimmen abgegeben haben.

Grafik 29: Ausgestellte Wahlscheine seit 1961



Generell ist zu konstatieren, dass der Anteil der Briefwähler bei Dortmunder Kommunalwahlen stark angestiegen ist. Nahmen im Jahr 1961 nur 1,9 % der Wahlberechtigten die Möglichkeit zur Briefwahl wahr, stieg der Anteil bis 1975 schon auf 8,6 % und befindet sich seit der Kommunalwahl 1994 mit Werten um die 12 % im zweistelligen Bereich (2004: 12,1 %). Bei Berücksichtigung der allgemein sinkenden Wahlbeteiligung wird die Bedeutung der Briefwahl noch deutlicher. Der Anteil der ausgestellten Wahlscheine an den insgesamt abgegebenen Stimmen betrug 1999 21,5 % und 2004 24,1 %

### Wer wählt per Briefwahl und warum?

Nach statistischen Bezirken betrachtet, wurde bei den Kommunalwahlen der Jahre 1961, 1964 und 1969 die Möglichkeit zur Briefwahl vor allem in den Bezirken Aplerbeck, Hombruch und Wellinghofen (Außenstadt) sowie in der Stadtmitte, Kaiserstraße, Westfalendamm, Ruhrallee und Wesfallenhalle (Innenstadt) wahrgenommen.

Nach Stadt- und Kommunalwahlbezirken ergibt sich seit der Gebietsreform von 1975 folgendes Bild des Briefwähleranteils: In den Stadtbezirken Innenstadt-Ost und Innenstadt-West, in Hörde sowie in Hombruch und Aplerbeck (seit den 90er Jahren) ist der Anteil der Briefwähler an den insgesamt in den entsprechenden Bezirken wahlberechtigten Bevölkerung durchgängig am höchsten. Dementsprechend weisen den höchsten Briefwähleranteil ebenfalls durchgängig die Kommunalwahlbezirke 5-10 in der Innenstadt und die Bezirke 29, 30 (Hörde), 23-26 (Aplerbeck) und 31-33 (Hombruch) auf. Gerade der Kommunalwahlbezirk 31 ist in diesem Kontext erwähnenswert, beträgt doch hier der Anteil der Briefwähler seit der Kommunalwahl 1994 um die 20 % der wahlberechtigten Bevölkerung.

Tabelle 6: Die Briefwähler nach Altersgruppen und Geschlecht 1975, 1984 und 2004

Altersgruppe von ... bis	Jahre	Anteil der Briefwähler an den Wahlberechtigten in %		
		Männer	Frauen	insgesamt
18 - 21 bzw. 16 - 21	1975	7,5	6,6	7,0
	1984	4,8	5,3	5,0
	2004	4,0	5,0	4,5
21 - 25	1975	9,0	7,9	8,5
	1984	5,5	6,3	5,9
	2004	5,9	7,4	6,7
25 - 30	1975	8,4	7,7	8,0
	1984	6,5	6,3	6,4
	2004	8,1	10,8	9,4
30 - 35	1975	8,8	6,7	7,8
	1984	5,9	5,5	5,7
	2004	10,8	8,5	9,6
35 - 40	1975	5,8	6,3	6,0
	1984	6,1	5,7	5,9
	2004	8,8	9,3	9,1
40 - 45	1975	7,0	6,4	6,7
	1984	6,3	6,8	6,5
	2004	8,9	9,6	9,3
45 - 50	1975	7,9	7,6	7,7
	1984	6,6	7,5	7,0
	2004	7,9	10,5	9,1
50 - 60	1975	9,0	9,2	9,1
	1984	8,7	9,5	9,1
	2004	13,9	14,9	14,4
60 - 70	1975	10,2	10,6	10,4
	1984	11,6	10,8	11,1
	2004	18,3	19,8	19,0
über 70	1975	13,3	14,7	14,2
	1984	12,8	13,1	13,0
	2004	19,9	19,6	19,7
insgesamt	1975	8,8	9,2	9,0
	1984	7,8	8,8	8,4
	2004	12,3	13,8	13,1

Differenzierend nach Alter und Geschlecht betrachtet, ergibt sich zunächst einmal der Befund, dass Frauen eher von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen. So liegt der Anteil der Briefwählerinnen an den insgesamt wahlberechtigten Frauen durchgängig um durchschnittlich ein bis zwei Prozentpunkten über den entsprechenden Ergebnissen der Männer. Hinsichtlich der Briefwahlbeteiligung nach Altersgruppen lässt sich feststellen, dass die Briefwahlquote mit zunehmenden Alter ansteigt. Tabelle 6 belegt beispielhaft die festgestellten Tendenzen anhand der konkreten Zahlen für die Kommunalwahlen der Jahre 1975, 1984 und 2004.

Wie lässt sich der steigende Anteil der Briefwähler vor dem Hintergrund der obigen Aussagen nun allgemein erklären? Zunächst einmal ist es sicherlich nicht verwunderlich, dass die Briefwahlquote angesichts des zunehmenden Anteils älterer Menschen an der gesamten Dortmunder Bevölkerung generell ansteigt, stellt doch der Gang zum Wahllokal gerade für ältere und damit verbunden oft auch kranke Menschen ein unüberwindbares Hindernis dar. Da

es allerdings unwahrscheinlich erscheint, dass sich in den letzten 40 Jahren der Anteil der Briefwähler unter den jüngeren und mittleren Bevölkerungsgruppen alleine aufgrund etwaiger Urlaubsfahrten, beruflicher Tätigkeit u.ä. vervielfacht hat, ist anzunehmen, dass der gestiegene Anteil von Briefwählern vor allem auf reine Bequemlichkeit zurückzuführen ist. Auch könnte im Zusammenhang einer in weiten Bevölkerungsteilen vorhandenen Politik- und Parteienverdrossenheit spekuliert werden, dass mit der Zunahme der Briefwahl auch eine Abnahme der Bereitschaft verbunden ist, seine demokratische Gesinnung in Form des Ganges zum Wahllokal öffentlich zu demonstrieren.

### Zur Bedeutung der Briefwahl für die Parteienergebnisse

Nicht zuletzt ist die Briefwahl dann von besonderem Interesse, wenn man die jeweiligen Parteienergebnisse bei den Kommunalwahlen mit und ohne Briefwähleranteil betrachtet. Dabei sind eindeutige Tendenzen erkennbar, welche insbesondere die beiden Volksparteien SPD und CDU betreffen, während die Differenzen zwischen beiden Ergebnissen bei den GRÜNEN, der FDP sowie den Sonstigen nicht weiter ins Gewicht fallen. Die CDU profitiert in der Regel von der Briefwahl. Inklusive Briefwahl liegt ihr Ergebnis teilweise bis zu zwei Prozentpunkte über dem entsprechenden Stimmenanteil der reinen Urnenwahl. Umgekehrt bedeutet dies für die SPD, dass ihr Stimmenanteil bei der reinen Urnenwahl stets über dem Gesamtergebnis mit Briefwähleranteil liegt. Die Briefwahl scheint somit eine Domäne der CDU-Wähler zu sein, was auch insofern nicht überrascht, da die Briefwahl (wie vorhin aufgeführt) vornehmlich von älteren Menschen und geografisch gesehen eher im Dortmunder Süden getätigt wird, wo die CDU traditionell relativ hohe Ergebnisse erzielen kann.

Tabelle 7: Die SPD- und CDU-Ergebnisse seit 1979 mit und ohne Briefwähleranteil

Partei	Jahr	Ergebnis ohne Briefwahl	Ergebnisse mit Briefwahl
<b>SPD</b>	1979	58,6	57,3
	1984	56,6	55,4
	1989	53,9	52,9
	1994	52,7	51,4
	1999	42,5	41,0
	2004	42,7	41,3
<b>CDU</b>	1979	33,2	34,3
	1984	29,7	30,7
	1989	24,8	25,7
	1994	29,4	30,4
	1999	39,9	41,7
	2004	31,1	32,7

## **7. Schlussbetrachtung: Kontinuität und Wandel des Dortmunder Wahlverhaltens**

Auf den vorhergehenden Seiten wurde der Versuch unternommen, einige wesentliche Merkmale des Wählerverhaltens bei Dortmunder Kommunalwahlen seit 1946 herauszuarbeiten. Abschließend sollen nun an dieser Stelle die wichtigsten Ergebnisse noch einmal kurz festgehalten werden, wobei insbesondere die Frage nach Kontinuität und/oder Wandel im Mittelpunkt steht. Dabei ist vorab generell festzustellen, dass angesichts der sich stetig verändernden Kontextbedingungen (im Vordergrund stehende Sachprobleme der Kommunalpolitik, politische Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene, sozialstrukturelle Faktoren etc.) die Tendenz zum Wandel des Wählerverhaltens überwiegt.

Auf die einzelnen analysierten Merkmale bezogen, ist zunächst einmal ein deutlicher Wandel der Parteienlandschaft im Dortmunder Rathaus zu konstatieren. Die traditionsreichen Parteien KPD und Zentrum sind mittlerweile ebenso von der Bildfläche verschwunden wie die Kleinparteien der 50er Jahre (z.B. NR, FSU). Dafür sind allerdings auch neue Parteien aufgetreten, wie etwa die GRÜNEN, aber auch die rechtsradikalen Republikaner oder die DVU.

Als im Laufe des beobachteten Zeitraumes kontinuierliche Merkmale können demgegenüber die Ergebnisse von SPD und CDU angesehen werden. Mit Ausnahme der 1999er Wahl schnitt die SPD stets am besten ab, gefolgt von der Union auf dem zweiten Platz.

Bei der drittstärksten Ratsfraktion war jedoch wieder ein Wandel zu beobachten. Bei den Wahlen der Jahre 1946 und 1948 war dies noch die KPD, von 1952 bis 1979 die FDP und seit 1984 die Grünen.

Bezüglich der räumlichen Verteilung der Parteihochburgen sind sowohl festgefahrene Strukturen als auch Prozesse des Wandels zu beobachten: CDU, FDP und GRÜNE konnten ebenso wie die rechtsradikalen Parteien ihre größten Erfolge vornehmlich in den gleichen Stadtgebieten (als Untersuchungseinheit wurde bei der vorliegenden Analyse bis 1969 auf die statistischen Bezirke, ab 1975 auf die Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke Bezug genommen) erzielen. Allein bei der SPD ergaben sich im Laufe der Zeit deutliche Unterschiede. Anfangs noch eher im Dortmunder Süden besonders stark und im Norden aufgrund der starken Stellung der Kommunisten noch nicht dominant, wurde dieses Verhältnis seit Mitte der 50er Jahre umgedreht.

Teils starke Veränderungen haben auch folgende Bestandteile des kommunalen Wahlverhaltens erfahren: die Wahlbeteiligung sinkt stetig und nimmt gerade in der Innenstadt-Nord dramatische Formen an. Auch die Formen der Wahlbeteiligung ändern sich offenbar, wie der Anstieg des Anteils der Briefwähler beweist. Zudem veränderte sich das alters- und geschlechtsspezifische Wahlverhalten. Insbesondere bei der Differenzierung nach Geschlecht sind die noch in den 60er und 70er Jahren zu beobachtenden Unterschiede durch einen allmählichen Angleichungstrend gekennzeichnet, was z.B. an der nun nicht mehr so stark abweichenden Wahlbeteiligung festgemacht werden kann.

## Anhang

### I. Die prozentualen Ergebnisse aller angetretener Parteien bei Dortmunder Kommunalwahlen (Gesamtstadt)

	1946	1948	1952	1956	1961	1964	1969	1975	1979	1984	1989	1994	1999	2004
<b>SPD</b>	46,3	46,0	49,7	57,0	54,2	61,2	57,3	57,2	57,3	55,4	52,9	51,4	41,0	41,3
<b>CDU</b>	35,1	31,1	29,5	31,0	35,2	33,4	35,6	35,2	34,3	30,7	25,7	30,4	41,7	32,7
<b>FDP</b>	3,6	7,8	10,9	6,7	7,8	5,4	5,3	6,2	4,6	2,3	3,9	2,1	1,8	3,8
<b>GRÜNE</b>										10,7	9,8	12,2	9,9	11,5
<b>Bunte Liste</b>									2,9					
<b>WV Stadtgrüne</b>														0,1
<b>ÖDP</b>											0,5			
<b>KPD</b>	12,6	11,8	6,0					0,3						
<b>DKP</b>							1,8	1,1	0,9					
<b>Linkes Bündnis</b>													1,0	0,8
<b>PDS</b>														2,8
<b>DOLL</b>											0,3			
<b>EAP</b>									0,0					
<b>Bürgerliste</b>												1,6	2,6	3,1
<b>Statt Partei</b>												0,5		
<b>Zentrum</b>	2,4	3,3												
<b>Republikaner</b>											6,3	1,9		
<b>NPD</b>											0,1	0,0		
<b>DVU</b>													2,0	3,1
<b>Offensive D</b>														0,7
<b>DRP</b>				0,3	0,7									
<b>NR</b>			1,3											
<b>DWU</b>					2,1									
<b>BHE</b>			1,9	2,1										
<b>FSU</b>			0,6											

## II. Die Wahlbeteiligung und die Stimmergebnisse von SPD, CDU, GRÜ- NEN, FDP und Sonstigen 1975-2004 (Gesamtstadt, Stadtbezirke, Kommunalwahlbezirke)

### Kommunalwahl 1975

Kommunalwahlbezirk/ Stadtbezirk	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Sonstige
1	79,2	62,8	32,1	0,0	3,9	1,2
2	76,7	59,7	34,2	0,0	4,3	1,8
3	77,3	64,1	30,5	0,0	4,0	1,4
4	79,6	66,2	28,7	0,0	3,6	1,5
Innenstadt-Nord	78,1	63,0	31,6	0,0	4,0	1,4
5	83,4	48,2	43,4	0,0	7,3	1,1
6	87,2	42,8	46,9	0,0	9,2	1,1
7	87,0	39,8	49,3	0,0	9,6	1,3
8	87,2	40,9	48,0	0,0	9,8	1,3
Innenstadt Ost	86,1	42,8	47,0	0,0	9,0	1,2
9	86,6	48,7	42,3	0,0	7,4	1,6
10	82,4	40,2	49,8	0,0	8,1	1,9
11	80,5	57,6	34,8	0,0	6,0	1,6
12	84,2	66,0	28,3	0,0	4,0	1,7
Innenstadt West	83,6	52,8	39,1	0,0	6,4	1,7
13	82,8	67,1	26,2	0,0	5,3	1,4
14	84,1	75,5	19,2	0,0	4,0	1,3
15	86,9	63,0	29,3	0,0	6,4	1,3
Eving	84,8	68,8	24,7	0,0	5,2	1,3
16	84,6	62,4	30,4	0,0	5,5	1,7
17	85,0	67,7	26,4	0,0	4,2	1,7
18	83,3	57,9	35,4	0,0	5,2	1,5
Scharnhorst	84,3	63,0	30,4	0,0	5,0	1,6
19	86,3	52,4	39,3	0,0	7,3	1,0
20	87,7	55,4	35,1	0,0	7,1	2,4
21	87,5	56,8	35,3	0,0	6,8	1,1
22	85,5	58,3	34,3	0,0	5,8	1,6
Brackel	86,7	55,8	35,9	0,0	6,7	1,6
23	86,1	59,1	32,8	0,0	7,1	1,0
24	86,8	52,9	38,2	0,0	8,0	0,9
25	88,2	55,5	35,9	0,0	7,3	1,3
26	90,5	52,4	38,8	0,0	7,7	1,1
Aplerbeck	88,1	54,6	36,8	0,0	7,6	1,0
27	83,8	64,1	28,1	0,0	6,1	1,7
28	85,6	62,6	31,4	0,0	4,3	1,7
29	89,6	57,5	34,0	0,0	7,4	1,1
30	90,3	45,9	43,7	0,0	9,4	1,0
Hörde	87,3	57,6	34,3	0,0	6,8	1,3
31	89,8	43,7	46,0	0,0	9,3	1,0
32	87,4	58,1	34,6	0,0	5,9	1,4
33	88,4	55,9	35,6	0,0	7,1	1,4
Hombruch	88,5	52,4	38,9	0,0	7,4	1,3
34	85,5	61,7	31,8	0,0	5,2	1,3
35	82,4	62,8	31,2	0,0	4,8	1,2
36	83,6	63,2	30,8	0,0	5,2	0,8
Lütgendortmund	83,9	62,5	31,3	0,0	5,1	1,1
37	85,2	60,6	34,2	0,0	4,4	0,8
38	84,5	69,9	25,0	0,0	3,9	1,2
39	83,3	60,2	34,5	0,0	4,2	1,1
Huckarde	84,2	63,6	31,2	0,0	4,2	1,0
40	86,5	64,5	30,1	0,0	4,3	1,1
41	84,4	69,0	25,8	0,0	4,0	1,2
42	84,1	53,7	39,4	0,0	6,1	0,8
Mengede	85,0	62,3	31,9	0,0	4,8	1,0
Dortmund/Gesamtstadt	85,1	57,2	35,2	0,0	6,2	1,4

## Kommunalwahl 1979

Kommunalwahlbezirk/ Stadtbezirk	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	GRÜNE bzw. Bunte Liste	FDP	Sonstige
1	58,2	63,8	29,9	3,1	2,2	1,0
2	57,8	58,3	33,9	4,2	2,6	1,0
3	55,8	64,6	29,3	2,8	2,5	0,8
4	60,0	67,5	26,8	2,4	2,2	1,1
Innenstadt-Nord	57,8	63,2	30,3	3,2	2,4	0,9
5	65,0	49,3	41,3	3,8	4,7	0,9
6	69,7	42,7	45,3	3,1	8,2	0,7
7	69,0	40,7	47,6	3,4	7,3	1,0
8	68,8	42,6	45,2	4,0	7,1	1,1
Innenstadt Ost	68,3	43,5	45,1	3,5	7,0	0,9
9	69,7	48,3	39,4	5,2	6,0	1,1
10	63,1	39,9	47,7	5,2	6,2	1,0
11	60,7	57,1	34,7	3,7	3,3	1,2
12	65,9	67,6	26,3	2,9	2,4	0,8
Innenstadt West	64,9	53,2	37,0	4,2	4,5	1,1
13	62,4	68,9	23,5	2,2	3,9	1,5
14	66,3	74,4	20,7	1,6	2,5	0,8
15	68,1	63,4	29,2	1,9	4,9	0,6
Eving	65,9	68,5	24,9	1,9	3,8	0,9
16	64,6	63,1	29,5	2,1	4,0	1,3
17	64,7	67,8	25,5	2,2	3,3	1,2
18	62,9	57,9	36,1	1,7	3,3	1,0
Scharnhorst	64,1	63,2	30,1	2,0	3,6	1,1
19	68,6	55,0	36,1	2,8	5,2	0,9
20	69,5	56,9	34,1	3,0	5,0	1,0
21	68,6	57,7	34,0	2,3	5,5	0,5
22	66,0	58,7	36,0	2,1	2,6	0,6
Brackel	68,1	57,2	35,0	2,5	4,5	0,8
23	70,4	60,5	31,7	3,0	4,1	0,7
24	68,7	53,5	36,5	2,6	6,8	0,6
25	70,9	56,2	34,7	2,8	5,5	0,8
26	73,3	52,0	38,4	3,0	5,9	0,7
Aplerbeck	71,0	54,9	35,8	2,8	5,7	0,8
27	65,0	64,7	27,4	3,0	3,5	1,4
28	65,9	63,5	30,0	2,5	3,0	1,0
29	73,5	56,8	33,2	2,9	6,3	0,8
30	74,4	45,1	43,5	3,7	7,2	0,5
Hörde	70,0	56,6	34,2	3,1	5,2	0,9
31	75,7	44,4	43,7	3,4	7,8	0,7
32	71,3	59,1	32,3	2,7	5,0	0,9
33	73,2	56,4	33,6	3,7	5,3	1,0
Hombruch	73,4	52,9	36,8	3,3	6,1	0,9
34	68,7	63,0	29,8	2,5	3,7	1,0
35	63,0	62,7	31,0	2,1	3,6	0,6
36	63,7	62,8	30,9	2,0	3,7	0,6
Lütgendortmund	65,1	62,8	30,6	2,2	3,7	0,7
37	63,2	60,1	33,1	2,4	3,3	1,1
38	63,7	68,3	25,6	1,9	3,3	0,9
39	66,7	61,0	33,2	2,1	2,5	1,2
Huckarde	64,6	63,4	30,5	2,1	3,0	1,0
40	63,9	64,8	29,5	2,0	2,9	0,8
41	63,4	70,0	24,3	2,1	2,7	0,9
42	64,7	54,0	38,2	2,7	4,4	0,7
Mengede	64,0	62,7	30,9	2,3	3,4	0,7
Dortmund/Gesamtstadt	66,8	57,3	34,3	2,9	4,6	0,9

## Kommunalwahl 1984

Kommunalwahlbezirk/ Stadtbezirk	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Sonstige
1	53,6	63,1	26,0	8,7	1,4	0,8
2	52,8	59,3	28,6	9,6	1,3	1,2
3	50,3	65,1	24,5	8,3	1,0	1,1
4	57,0	66,7	22,5	8,0	0,6	2,2
Innenstadt-Nord	53,2	63,2	25,7	8,7	1,1	1,3
5	59,1	47,2	36,3	12,7	2,5	1,3
6	65,3	41,0	40,1	12,0	6,5	0,4
7	65,7	39,7	42,9	12,4	4,3	0,7
8	66,0	43,0	39,5	13,6	2,9	1,0
Innenstadt Ost	64,3	42,3	40,0	12,6	4,4	0,7
9	66,7	49,1	34,4	12,7	2,8	1,0
10	58,1	38,3	40,1	16,3	3,2	2,1
11	55,8	54,7	29,7	12,8	1,7	1,1
12	64,2	66,0	21,9	10,3	0,9	0,9
Innenstadt West	61,5	52,5	31,4	12,9	2,1	1,1
13	57,1	71,3	19,9	6,6	1,2	1,0
14	59,6	75,8	16,7	5,6	0,9	1,0
15	63,6	61,2	26,4	10,2	1,8	0,4
Eving	60,4	68,6	21,6	7,8	1,4	0,6
16	60,6	60,5	26,6	8,9	1,2	2,8
17	61,0	63,8	22,2	9,4	1,2	3,4
18	58,8	56,3	31,1	9,1	1,4	2,1
Scharnhorst	60,2	60,4	26,5	9,2	1,3	2,6
19	65,9	54,1	32,9	10,0	2,5	0,5
20	65,4	53,6	32,4	10,6	2,4	1,0
21	64,1	57,3	29,6	10,4	2,2	0,5
22	60,5	57,5	32,0	8,6	1,3	0,6
Brackel	63,7	55,7	31,8	9,9	2,0	0,6
23	64,7	56,0	28,7	12,5	2,0	0,8
24	64,5	50,8	33,7	12,2	2,7	0,6
25	66,7	54,0	31,4	11,2	2,7	0,7
26	68,8	47,0	36,4	12,5	3,4	0,7
Aplerbeck	66,5	51,1	33,3	12,1	2,8	0,7
27	61,6	64,2	23,4	9,7	1,7	1,0
28	61,2	61,4	25,8	10,1	1,5	1,2
29	69,9	55,4	29,6	11,0	3,2	0,8
30	71,8	42,0	41,1	12,9	3,7	0,3
Hörde	66,7	54,3	31,2	11,2	2,7	0,6
31	71,1	39,8	42,2	12,6	4,9	0,5
32	65,0	57,3	28,0	11,9	2,2	0,6
33	68,1	52,3	30,7	13,5	2,6	0,9
Hombruch	68,2	49,2	34,2	12,7	3,3	0,6
34	60,9	60,8	26,7	9,9	1,8	0,8
35	54,5	61,6	26,7	9,7	1,4	0,6
36	55,9	60,1	28,3	9,3	1,7	0,6
Lütgendortmund	57,0	60,8	27,2	9,7	1,7	0,6
37	57,3	59,8	29,6	8,7	1,3	0,6
38	58,4	68,8	21,5	8,1	0,8	0,8
39	62,3	61,2	29,4	7,6	0,7	1,1
Huckarde	59,5	63,4	26,8	8,1	0,9	0,8
40	57,8	63,6	25,8	8,7	1,5	0,4
41	58,1	68,3	21,5	8,5	0,9	0,8
42	58,9	53,0	33,9	10,7	1,9	0,5
Mengede	58,3	61,1	27,5	9,3	1,5	0,6
Dortmund/Gesamtstadt	62,1	55,4	30,7	10,7	2,3	0,9

## Kommunalwahl 1989

Kommunalwahlbezirk/ Stadtbezirk	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Sonstige
1	51,8	54,2	22,3	11,0	2,0	10,5
2	50,4	52,4	22,1	10,6	2,3	12,6
3	47,1	58,1	18,6	9,4	1,6	12,3
4	52,8	60,8	19,6	6,9	1,7	11,0
Innenstadt-Nord	50,4	55,8	20,9	9,7	1,9	11,7
5	58,7	43,6	29,2	15,0	4,4	7,8
6	64,5	41,2	33,5	10,5	8,0	6,8
7	65,1	39,1	35,5	11,4	7,5	6,5
8	64,6	42,1	31,1	13,7	5,9	7,2
Innenstadt Ost	63,5	41,3	32,7	12,3	6,8	6,9
9	65,7	45,9	27,9	15,5	4,5	6,2
10	57,9	38,3	31,6	17,5	4,8	7,8
11	55,6	50,7	22,2	14,5	3,3	9,3
12	62,5	60,8	20,7	8,9	1,9	7,7
Innenstadt West	60,6	49,4	25,6	13,8	3,6	7,6
13	57,4	66,7	15,8	5,8	2,1	9,6
14	59,2	72,1	13,7	5,5	1,5	7,2
15	64,4	58,6	22,2	8,4	3,6	7,2
Eving	60,8	64,8	18,0	6,9	2,6	7,7
16	61,2	60,6	22,5	7,3	2,3	7,3
17	59,0	64,5	18,8	6,2	2,0	8,5
18	56,1	52,4	29,1	7,5	2,3	8,7
Scharnhorst	58,8	59,4	23,2	7,0	2,2	8,2
19	64,8	53,0	27,4	8,9	4,3	6,4
20	65,0	55,5	25,1	8,7	4,2	6,5
21	64,5	56,4	25,2	8,1	3,5	6,8
22	60,2	53,5	30,2	8,3	2,2	5,8
Brackel	63,4	54,6	27,1	8,5	3,5	6,3
23	64,9	53,8	22,6	9,6	3,2	10,8
24	65,4	48,2	26,6	10,9	4,6	9,7
25	66,6	53,1	26,8	9,1	4,9	6,1
26	68,5	46,5	29,9	10,3	6,1	7,2
Aplerbeck	66,6	49,7	27,1	10,1	5,0	8,1
27	58,6	60,9	18,7	9,9	2,7	7,8
28	58,9	58,1	22,5	9,7	2,8	6,9
29	69,6	50,5	27,5	10,9	5,0	6,1
30	70,6	43,0	33,6	11,1	7,7	4,6
Hörde	65,2	51,6	26,8	10,5	5,0	6,1
31	72,6	39,3	39,0	9,7	7,1	4,9
32	66,8	53,2	25,0	10,1	4,5	7,2
33	69,5	48,6	25,9	10,9	4,3	10,3
Hombruch	69,7	46,7	30,3	10,2	5,4	7,4
34	60,9	57,9	21,8	10,2	4,1	6,0
35	55,2	61,4	21,8	7,6	2,4	6,8
36	56,9	58,4	24,0	7,7	3,1	6,8
Lütgendortmund	57,6	59,2	22,5	8,5	3,2	6,6
37	58,3	57,8	25,4	7,9	1,8	7,1
38	59,1	66,3	18,2	6,1	1,9	7,5
39	62,2	59,7	23,7	7,0	2,1	7,5
Huckarde	60,0	61,3	22,3	7,0	1,9	7,5
40	57,7	58,9	22,3	6,9	2,3	9,6
41	57,5	61,8	17,1	8,1	2,0	11,0
42	59,3	47,0	23,1	12,6	3,6	13,7
Mengede	58,2	55,4	21,0	9,4	2,7	11,5
Dortmund/Gesamtstadt	61,8	52,9	25,7	9,8	3,9	7,7

## Kommunalwahl 1994

Kommunalwahlbezirk/ Stadtbezirk	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Sonstige
1	72,4	55,2	24,0	14,3	1,1	5,4
2	71,7	53,4	25,2	14,7	1,3	5,4
3	66,4	55,4	23,2	14,5	1,1	5,8
4	68,1	61,4	21,1	11,1	1,3	5,1
Innenstadt-Nord	69,9	55,8	23,7	13,8	1,2	5,5
5	77,2	43,8	31,4	18,7	2,0	4,1
6	82,8	42,4	38,6	11,1	3,7	4,2
7	83,4	37,5	40,2	14,8	3,6	3,9
8	84,3	39,6	36,5	17,5	2,8	3,6
Innenstadt Ost	82,1	40,8	37,2	14,9	3,2	3,9
9	83,2	45,0	30,4	19,4	2,3	2,9
10	78,9	37,6	33,5	22,4	2,9	3,6
11	75,1	48,3	25,3	20,2	1,9	4,3
12	80,6	60,5	23,9	10,6	1,3	3,7
Innenstadt West	79,6	48,4	28,3	17,7	2,1	3,5
13	76,4	66,4	20,1	6,7	1,2	5,6
14	79,0	70,4	18,1	5,8	1,1	4,6
15	82,9	56,1	27,8	9,2	2,2	4,7
Eving	80,0	63,0	22,9	7,6	1,6	4,9
16	79,9	59,7	27,4	8,4	1,0	3,5
17	73,9	63,4	24,7	7,2	1,2	3,5
18	78,6	53,1	34,7	7,1	1,4	3,7
Scharnhorst	77,4	58,7	29,0	7,6	1,2	3,5
19	83,2	51,4	32,1	11,0	2,2	3,3
20	83,6	51,5	31,6	11,7	1,9	3,3
21	83,2	51,6	30,2	12,0	2,0	4,2
22	79,4	54,7	31,4	9,3	1,3	3,3
Brackel	82,2	52,4	31,3	10,9	1,8	3,6
23	83,4	51,8	28,8	12,1	1,8	5,5
24	73,3	45,7	31,0	15,4	2,2	5,7
25	85,2	47,5	32,2	13,5	2,9	3,9
26	75,7	42,5	35,9	14,2	3,1	4,3
Aplerbeck	78,7	46,3	32,5	13,9	2,6	4,7
27	77,8	56,6	23,7	12,7	1,4	5,6
28	76,0	55,9	25,7	12,2	1,4	4,8
29	85,9	46,4	33,4	13,9	3,0	3,3
30	87,6	38,9	42,3	12,4	3,1	3,3
Hörde	82,5	48,0	32,7	12,8	2,4	4,1
31	87,0	35,4	45,0	12,8	3,7	3,1
32	82,9	50,0	32,1	12,7	2,3	2,9
33	83,8	45,2	32,1	16,4	2,7	3,6
Hombruch	84,6	43,2	36,7	14,0	2,9	3,2
34	79,3	54,7	25,5	14,1	2,2	3,5
35	75,8	57,7	25,8	11,7	1,2	3,6
36	77,6	58,0	28,9	8,1	1,7	3,3
Lütgendortmund	77,6	56,8	26,7	11,4	1,7	3,4
37	79,5	58,1	30,1	7,4	1,1	3,3
38	79,2	64,9	22,3	7,0	1,2	4,6
39	79,5	58,9	27,7	8,4	1,2	3,8
Huckarde	79,4	60,7	26,6	7,6	1,2	3,9
40	77,7	60,2	27,2	7,6	1,5	3,5
41	78,0	64,5	23,5	7,3	1,1	3,6
42	77,7	52,0	30,8	11,3	2,3	3,6
Mengede	77,8	58,5	27,4	8,8	1,7	3,6
Dortmund/Gesamtstadt	79,7	51,4	30,4	12,2	2,1	3,9

## Kommunalwahl 1999

Kommunalwahlbezirk/ Stadtbezirk	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Sonstige
1	40,0	42,7	33,9	13,3	1,1	9,0
2	37,6	41,4	36,4	12,8	1,0	8,4
3	31,7	46,1	30,6	13,6	1,1	8,6
4	38,5	49,2	32,5	9,1	1,0	8,2
Innenstadt-Nord	36,8	44,4	33,7	12,3	1,0	8,6
5	51,2	33,2	42,8	17,5	1,6	4,9
6	61,4	36,0	48,6	8,2	3,2	4,0
7	62,4	31,0	50,5	11,1	2,7	4,7
8	61,7	31,6	44,7	16,6	2,2	4,9
Innenstadt Ost	59,7	33,2	47,2	12,4	2,6	4,6
9	60,2	36,8	36,2	19,8	1,8	5,4
10	54,7	27,9	42,5	20,5	2,6	6,5
11	47,8	37,5	33,9	20,1	1,5	7,0
12	53,9	51,9	31,6	8,2	1,4	6,9
Innenstadt West	54,3	38,9	36,1	16,7	1,8	6,5
13	51,3	51,3	35,6	6,2	1,2	5,7
14	49,6	53,7	33,1	6,0	1,2	6,0
Eving	50,4	52,4	34,4	6,1	1,2	5,9
16	52,7	48,8	38,5	6,2	1,1	5,4
17	51,2	49,3	36,2	6,8	1,1	6,6
18	49,7	41,8	45,9	5,9	1,3	5,1
Scharnhorst	51,1	46,7	40,2	6,3	1,2	5,6
19	59,1	42,3	43,4	8,4	1,2	4,7
20	59,8	43,5	40,5	9,9	1,8	4,3
21	58,8	42,3	40,3	9,5	2,1	5,8
22	50,5	44,8	40,5	7,9	1,3	5,5
Brackel	56,7	43,3	41,1	8,7	1,6	5,3
23	57,8	43,0	38,2	9,9	1,3	7,6
24	62,1	37,0	41,4	11,6	2,0	8,0
25	62,6	37,6	43,9	11,6	1,5	5,4
26	68,0	33,3	49,3	10,2	2,4	4,8
Aplerbeck	63,3	36,8	44,2	10,8	1,9	6,3
27	49,1	48,8	33,1	10,5	1,3	6,3
28	47,2	45,8	38,3	8,7	1,1	6,1
29	65,1	36,6	46,6	10,6	2,0	4,2
30	70,7	30,7	53,7	8,7	2,8	4,1
Hörde	59,7	38,1	45,5	9,6	2,0	4,8
31	71,2	27,9	57,9	8,6	2,6	3,0
32	60,3	39,0	43,9	10,0	2,0	5,1
33	61,4	37,4	42,2	14,0	2,0	4,4
Hombruch	64,4	34,3	48,6	10,8	2,2	4,1
34	53,5	42,7	38,0	10,5	2,8	6,0
35	48,3	47,3	37,6	8,0	1,4	5,7
36	49,0	46,5	40,7	6,0	1,2	5,6
Lütgendortmund	50,3	45,5	38,7	8,2	1,8	5,8
37	50,5	46,1	40,9	5,7	1,0	6,3
38	51,2	51,0	34,7	5,1	1,3	7,9
39	52,6	49,2	37,6	6,2	1,4	5,6
Huckarde	51,5	48,8	37,7	5,7	1,3	6,5
40	49,2	49,0	39,7	5,8	1,1	4,4
41	44,7	51,9	33,9	6,4	1,0	6,8
42	51,9	42,7	41,5	7,7	1,9	6,2
Mengede	48,9	47,3	38,8	6,7	1,4	5,8
Dortmund/Gesamtstadt	54,9	41,0	41,7	9,9	1,8	5,6

## Kommunalwahl 2004

Kommunalwahlbezirk/ Stadtbezirk	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Sonstige
1	36,5	39,0	25,0	17,9	3,5	14,6
2	32,6	38,8	25,9	15,6	2,6	17,1
3	30,1	43,4	20,2	13,6	2,5	20,3
4	31,3	48,3	24,3	11,5	1,5	14,4
Innenstadt-Nord	32,6	41,7	24,0	14,9	2,6	16,8
5	47,1	35,9	29,5	19,3	4,2	11,1
6	54,6	38,9	37,2	10,6	5,5	7,8
7	56,5	33,9	39,0	14,5	5,1	7,5
8	59,4	37,9	31,4	18,6	4,4	7,7
Innenstadt Ost	54,6	36,8	35,0	15,0	4,9	8,3
9	57,4	37,0	26,5	22,4	3,6	10,5
10	51,9	31,4	29,3	24,2	5,1	10,0
11	46,1	37,5	21,5	25,2	3,7	12,1
12	50,2	49,0	26,8	9,7	2,8	11,7
Innenstadt West	51,4	39,0	26,4	19,8	3,8	11,0
13	47,5	46,1	28,0	8,9	2,8	14,2
14	45,5	51,5	25,4	7,1	2,9	13,1
Eving	46,5	48,7	26,7	8,0	2,9	13,7
16	48,1	47,8	30,1	7,2	2,9	12,0
17	45,9	51,6	27,7	5,6	2,7	12,4
18	45,0	43,5	36,1	7,7	2,8	9,9
Scharnhorst	46,3	47,7	31,3	6,8	2,8	11,4
19	53,3	43,1	33,2	10,6	3,3	9,8
20	53,2	45,8	32,6	9,7	3,6	8,3
21	52,5	41,9	32,3	9,3	4,0	12,5
22	43,7	44,9	32,3	9,5	3,2	10,1
Brackel	50,3	44,0	32,6	9,8	3,5	10,1
23	52,9	41,7	31,6	12,0	4,1	10,6
24	54,9	37,4	34,7	11,6	3,9	12,4
25	58,4	40,1	36,6	11,3	3,7	8,3
26	62,7	37,4	39,5	10,2	4,4	8,5
Aplerbeck	57,8	38,8	36,3	11,1	4,1	9,7
27	47,7	46,0	27,8	11,1	2,9	12,2
28	42,8	42,1	30,8	10,5	2,8	13,8
29	59,8	37,8	38,3	11,2	3,8	8,9
30	65,5	31,7	44,8	10,3	6,2	7,0
Hörde	55,6	37,7	37,7	10,8	4,4	9,4
31	64,2	30,9	47,8	10,7	5,2	5,4
32	55,5	41,3	34,4	11,7	3,6	9,0
33	57,6	39,2	33,2	15,2	4,2	8,2
Hombruch	59,1	36,8	38,9	12,4	4,4	7,5
34	48,9	42,9	27,5	10,3	5,1	14,2
35	44,6	47,1	28,2	8,0	3,9	12,8
36	46,4	47,1	31,6	7,0	3,6	10,7
Lütgendortmund	46,6	45,7	29,0	8,5	4,2	12,6
37	46,3	45,3	32,4	8,3	3,3	10,7
38	46,1	49,9	25,5	6,9	3,1	14,6
39	47,0	45,7	29,4	8,9	3,0	13,0
Huckarde	46,5	46,8	29,2	8,1	3,1	12,8
40	43,3	44,1	34,5	7,3	2,9	11,2
41	42,1	46,4	27,9	7,4	3,3	15,0
42	47,7	39,9	34,2	10,1	3,8	12,0
Mengede	44,6	43,0	32,6	8,4	3,4	12,6
Dortmund/Gesamtstadt	50,3	41,3	32,7	11,5	3,8	10,7

### III. Die Sitzverteilung im Dortmunder Rat 1946-2004

Wahljahr	Sitze insgesamt	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	DVU	Bürgerliste	Linkes Bündnis	KPD	REP	Offensive D	PDS
1946	51	36	12	1					2			
1948	52	25	17	4					6			
1952	60	31	18	7					4			
1956	66	40	22	4								
1961	66	37	24	5								
1964	67	42	22	3								
1969	67	40	24	3								
1975	83	48	30	3								
1979	83	52	31									
1984	83	48	26		9							
1989	83	47	23		8					5		
1994	83	46	27		10							
1999	82	34	34	1	8	2	2	1				
2004	88	36	29	3	10	3	3	1			1	2

#### **IV. Zitierte und weiterführende Literatur**

Albertin, Lothar: Die FDP in Nordrhein-Westfalen. Porträt einer fleißigen Partei, in: von Alemann 1985, S. 121-145.

Alemann, Ulrich von: Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1985 (= von Alemann 1985).

Bovermann, Rainer: Das „rote“ Rathaus. Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets am Beispiel Dortmund 1945-1964, Essen 1995.

Bürklin, Wilhelm/Markus Klein: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, 2. Aufl., Opladen 1998.

Czarnecki, Thomas: Kommunales Wahlverhalten, München 1992.

Eilfort, Michael: Die Nichtwähler, in: Wehling 1991, S. 224-241.

Eith, Ulrich: Kommunales Wählerverhalten in Ost- und Westdeutschland. Brandenburg, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 377-400.

Ders.: Alters- und geschlechtsspezifisches Wahlverhalten, in: Wehling 1991, S. 166-178.

Gneiß, Harald: Vom Landstädtchen zur Ruhrgebietsmetropole. Die Einwohnerentwicklung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation und der Eingemeindungen, in: Statistik und Wahlen 1996, S. 55-62.

Graf, Hans: Die Entwicklung der Wahlen und der politischen Parteien in Groß-Dortmund, Hannover/Frankfurt a.M. 1958.

Högl, Günther: Das 20. Jahrhundert: Urbanität und Demokratie, in: Stadtarchiv Dortmund (Hrsg.), Geschichte der Stadt Dortmund, Dortmund 1994, S. 353-506.

Klönne, Arno: Die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen. Historische Verankerung und heutiges Profil, in: von Alemann 1985, S. 69-90.

Korte, Karl-Rudolf: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Bonn 1999.

Kost, Andreas: Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen, in: Ders./Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern, Bonn 2003, S. 197-217.

Kühr, Herbert: Die katholische Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet nach 1945, in: Karl Rohe/Ders. (Hrsg.), Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet, Königstein/Ts. 1979, S. 74-92.

Ders.: Die CDU in Nordrhein-Westfalen. Von der Unionsgründung zur modernen Mitgliederpartei, in: von Alemann 1985, S. 91-120.

Kuschke, Wolfram/Manfred Cryns: Kommunalwahlen und Kommunalwahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen, in: Uwe Andersen (Hrsg.), Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, 2. Aufl., Köln 1989, S. 73-112.

Luntowski, Gustav: Kleine Wirtschaftsgeschichte von Dortmund, Dortmund 1988.

Noeske, Werner: 50 Jahre Wahlen in Dortmund. Entwicklungen und Veränderungen auf dem Dortmunder Wählermarkt seit dem 2. Weltkrieg, in: Statistik und Wahlen 1996, S. 85-92.

Petzina, Dietmar: Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel in der Stadtregion Dortmund im 20. Jahrhundert, in: Gustav Luntowski/Norbert Reimann (Hrsg.), 1100 Jahre Stadtgeschichte, Dortmund 1982, S. 297-311.

Rohe, Karl: Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen-Parteien-Politische Kultur, Essen 1986.

Schultze, Rainer-Olaf: Wahlverhalten und Parteiensystem, in: Wehling 1991.

Sommerer, Ernst-Otto: Der Strukturwandel. Ausgewählte Aspekte eines (halben) Jahrhunderts, in: Statistik und Wahlen 1996, S. 73-78.

Stadt Dortmund. Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.): Dortmunder Statistik. 100 Jahre Statistisches Amt 1896-1996, Dortmund 1996 (= Statistik und Wahlen 1996).

Dass.: Sonderhefte zu den Kommunalwahlen der Jahre 1956, 1961, 1964, 1969, 1975, 1979, 1984, 1989, 1994, 1999 und 2004.

Wehling, Hans-Georg: Wahlverhalten, Stuttgart u.a. 1991 (= Wehling 1991).

Wefing, Holger: 100 Jahre Wahlgeschichte. Wahlrecht im Wandel der Zeit, in: Statistik und Wahlen 1996, S. 17-22.

Wiesenthal, Helmut: Die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen. Geschichte, Bedeutung, Programm und Willensbildung, in: von Alemann 1985, S. 146-161.